

Tarifpolitischer Jahresbericht 2011:

**Höhere Tarifabschlüsse – Konflikte um
Tarifstandards- Neu Tarifregelungen**

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. Einleitung	1
2. Tarifentwicklung	7
2.1 Lohn- und Gehalt.....	7
2.2 Arbeitszeit.....	11
3. Ausgewählte Tarifrunden	12
3.1 Öffentlicher Dienst - Länder	12
3.2 Chemische Industrie.....	15
3.3 Bauhauptgewerbe	17
3.4 Einzelhandel.....	19
3.5 Tageszeitungen.....	21
3.6 Eisen- und Stahlindustrie	24
4. Niedriglöhne und Mindestlöhne - neue Entwicklungen	25
5. Ausblick	29
Anhang: Grafiken, Tabellen, Übersichten	33

Düsseldorf, Januar 2012

Tarifinfos im Internet:
www.tarifvertrag.de

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Gustav Horn

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40276 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248
Fax: 0211 / 7778-250
E-Mail: tarifarchiv@wsi.de
www.tarifvertrag.de
ISSN 1861-1842

Abkürzungsverzeichnis

Für Tarifverträge

ETV	=	Entgelttarifvertrag
ERTV	=	Entgeltrahmentarifvertrag
GRTV	=	Gehaltsrahmentarifvertrag
GTV	=	Gehaltstarifvertrag
LRTV	=	Lohnrahmentarifvertrag
LTV	=	Lohntarifvertrag
MTV	=	Manteltarifvertrag
RTV	=	Rahmentarifvertrag
TV	=	Tarifvertrag
Verg.TV	=	Vergütungstarifvertrag

Für Gewerkschaften

IG BAU	=	IG Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	=	IG Bergbau, Chemie, Energie
GEW	=	Gew. Erziehung und Wissenschaft
IGM	=	Industriegewerkschaft Metall
NGG	=	Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten
GdP	=	Gew. der Polizei
EVG	=	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
	=	Zusammenschluss der Gewerkschaften: TRANSNET Gewerkschaft GdED und Gewerkschaft Deutscher Bundesbahn- beamten und Anwärter (GDBA)
ver.di	=	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Für Tarifbestimmungen

AG	=	Arbeitgeber
AN	=	Arbeitnehmer
Ang.	=	Angestellte
Arb.	=	Arbeiter
AT	=	Arbeitstage
Ausz.	=	Auszubildende
Ausl.	=	Auslösung
AV	=	Ausbildungsvergütung
AZ	=	Arbeitszeit
Bj.	=	Berufsjahre
BV	=	Betriebsvereinbarung
BZ	=	Betriebszugehörigkeit
E	=	Entgelt
G	=	Gehalt
Gr.	=	Gruppe
L	=	Lohn
LGr.	=	Lohngruppe
Lj.	=	Lebensjahr
ME	=	Monatseinkommen
Qual.	=	Qualifikation
Ratio	=	Rationalisierungsbestimmungen
S	=	Sonstige Bestimmungen
SZ	=	Sonderzahlung (13. Monatsgehalt, Jahressonderzahlung o.ä.)
Tj.	=	Tätigkeitsjahre
Url.	=	Urlaub
U-Geld	=	Urlaubsgeld
unbefr.	=	unbefristet
UT	=	Urlaubstage
VermL.	=	Vermögenswirksame Leistungen
WT	=	Werktag
W-Geld	=	Weihnachtsgeld
Z	=	Zuschläge/Zulagen

1. Einleitung

Auf einen Blick: Die Tarifrunde 2011 stand unter günstigen wirtschaftlichen Vorzeichen: Der starke wirtschaftliche Erholungsprozess des Vorjahres setzte sich zunächst fort, die Situation am Arbeitsmarkt verbesserte sich und die Gewerkschaften konnten vor diesem Hintergrund wieder eine offensive(re) Lohn- und Gehaltspolitik betreiben. Tatsächlich fielen die Tarifabschlüsse 2011 auf breiter Front höher aus. In vielen Bereichen wurden wieder dauerhafte Tarifsteigerungen vereinbart, nachdem im vergangenen Jahr Pauschal- und Einmalzahlungen eine große Bedeutung hatten. In zahlreichen Branchen sahen die Abschlüsse für 2011 Tarifsteigerungen zwischen 3 und 4 % vor. Allerdings fiel der Anstieg der Verbraucherpreise im vergangenen Jahr mit rund 2,3 % gut doppelt so hoch ausfallen wie im Vorjahr. Auf das Jahr gerechnet und unter Berücksichtigung der länger laufenden Abschlüsse aus dem Jahr 2010 konnte deshalb die durchschnittliche Tarifsteigerung von 2,0 % im Jahr 2011 den Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen. Demgegenüber sind die Bruttoeffektiveinkommen stärker angestiegen als die Tarifeinkommen. Aufgrund dieser positiven Lohndrift sind die effektiven Bruttoverdienste real leicht gestiegen. Neben den üblichen Lohn- und Gehaltsrunden wurde in einzelnen Tarifbereichen hart und grundsätzlich um Tarifstandards gestritten, so z.B. in der Druckindustrie und bei den RedakteurInnen der Tageszeitungen, wo die Arbeitgeber tiefe Einschnitte in bestehende tarifliche Regelungen forderten. In anderen Bereichen gelang die Vereinbarung verbesserter qualitativer Tarifregelungen wie z.B. das Equal-Pay-Prinzip bei Leiharbeit in der Stahlindustrie oder der Tarifvertrag über lebensphasengerechte Arbeitszeitgestaltung in der chemischen Industrie Ostdeutschlands.

Ökonomische und politische Rahmenbedingungen: Ein positiver Einfluss ging vor allem von der konjunkturellen Entwicklung aus. Im Jahr 2010 hatte sich die wirtschaftliche Erholung bereits deutlich verstärkt (IMK 2011). Im 4. Quartal betrug die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts 3,8 %, im 1. Quartal 2011 sogar 5,0 %. Allerdings schwächte sich die Entwicklung im weiteren Jahresverlauf deutlich ab, sodass im 4. Quartal sogar ein leichtes Schrumpfen des BIP zu verzeichnen war. Auch der Arbeitsmarkt belebte sich: Die Erwerbstätigkeit nahm im Jahr 2011 um 1,3 % zu, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sogar um 2,4 %. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank von 3,34 Mio. im Januar auf 2,78 Mio. im Dezember 2011 (Bundesagentur für Arbeit 2011). Die wachsenden wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen im Zusammenhang mit der ungelösten Eurokrise schlugen auf die tarifpolitische Entwicklung nicht durch, da die deutsche (Real-)Wirtschaft davon zunächst noch nicht unmittelbar betroffen war. Für die Tarifrunde 2012 zeichnen sich allerdings verschlechterte Rahmenbedingungen ab.

Seitens der Politik gab es vielfältige Unterstützung für die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Beteiligung der Beschäftigten an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Namentlich der damalige Bundeswirtschaftsminister Brüderle betonte, dass sich bei einem XL-Aufschwung auch die Arbeitnehmer 2011 auf deutliche Lohnerhö-

hungen freuen könnten. Auch eine Reihe von Ökonomen signalisierte einen aus ihrer Sicht gestiegenen Verteilungsspielraum von bis zu 3 % und mehr.

Lohn- und Gehaltsforderungen: Die Tarifforderungen der Gewerkschaften bewegten sich in der Tarifrunde 2011 überwiegend zwischen 5 und 7 %. Lediglich im Steinkohlenbergbau fehlte eine bezifferte Forderung, die Gewerkschaft forderte eine „reale Einkommenserhöhung“. Am unteren Rand bewegten sich Branchen wie die Textil- und Bekleidungsindustrie (5 %), die Druckindustrie, der Großhandel in Baden-Württemberg (jeweils 5,5 %). Im Mittelfeld lagen Bereiche wie das Bauhauptgewerbe (5,9 %) sowie Volkswagen und das Versicherungsgewerbe (jeweils 6 %). Die höchste Tarifforderung für eine größere Industriebranche stellten in dieser Tarifrunde die IG BCE in der chemischen Industrie und die IG Metall in der Stahlindustrie, wo sie jeweils eine Tarifierhebung von 7 % verlangten. Auffällig war, dass in einigen Branchen und Bereichen auch Mindest-, Sockel- und Festbeträge gefordert wurden. Im Transport- und Verkehrsgewerbe NRW forderte ver.di einheitlich 95 € für alle Beschäftigten, im Einzelhandel NRW belief sich die Forderung auf 6,5 %, mindestens 130 €/Monat, und bei der Deutschen Telekom AG auf 6,5 %, mindestens 170 €. Im öffentlichen Dienst der Länder sollten die Tabellenvergütungen einheitlich um 50 € und anschließend um 3 % erhöht werden (Übersicht 1).

Übersicht 1: Lohn- und Gehaltsforderungen in der Tarifrunde 2011 in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Gewerkschaft	Forderung
Bauhauptgewerbe	IG BAU	5,9 %
Chemische Industrie	IG BCE	7 %
Deutsche Telekom AG	ver.di	6,5 %, mind. 170 €
Druckindustrie	ver.di	5,5 %
Einzelhandel NRW	ver.di	6,5 %, mind. 130 €
Eisen- und Stahlindustrie	IG Metall	7 %
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	IG BCE, ver.di	6,5 %
Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg	ver.di	5,5 %
Holz- und Kunststoffverarbeitung	IG Metall	5,8 %
Kautschukindustrie	IG BCE	7 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	NGG	5-6 %
Öffentlicher Dienst Länder	ver.di	50 € + 3 % (Ø 5 %)
Privater Transport und Verkehr NRW	ver.di	95 €
Steinkohlenbergbau	IG BCE	reale Einkommenserhöhung
Textil- und Bekleidungsindustrie West	IG Metall	5 %
Textile Dienstleistungen	IG Metall	5 %
Versicherungsgewerbe	ver.di	6 %, mind. 150 €
Volkswagen AG	IG Metall	6 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2011

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen Ende Dezember 2010 die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Länder) und bei der Deutschen Telekom aus. Ende Januar 2011 folgte die Volkswagen AG. Ende Februar 2011 endete die Laufzeit der Verträge in der chemischen Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz. Die übrigen Regionen folgten Ende März und April. Ende März folgten das Bauhauptgewerbe, die Druckindustrie, das Versicherungsgewerbe und einige Regionen des Einzel- und Großhandels und der Süßwarenindustrie. Weitere Bereiche des Einzel- und Großhandels standen Ende April, Mai und Juni auf der Tagesordnung. Ende Oktober lief der Tarifvertrag in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie aus. Die Tarifverhandlungen in dieser Branche läuteten bereits die Tarifrunde 2012 ein.

Keine Tarifrunde fand im vergangenen Jahr in der Metall- und Elektroindustrie statt. Der Abschluss aus dem Jahr 2010 sah u. a. eine Tarifierhebung von 2,7 % ab April 2011 vor. Die Laufzeit des Vertrages reicht bis Ende März 2012. Auch im Bankgewerbe, im öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) und in einigen weiteren Branchen reichte die Laufzeit der Verträge bis ins Jahr 2012. Ein Überblick über die **Tarifabschlüsse** zeigt folgendes Bild:

Februar

Bei der *Volkswagen AG* erzielte die IG Metall vor dem Hintergrund hervorragender Geschäftszahlen am 8.2.2011 eine Tarifierhebung von 3,2 % ab 1.5.2011 bei einer Laufzeit bis Ende Mai 2012. Für die Monate Februar bis April wurde als Pauschale 1,0 % des Jahresentgelts (mind. 500 €) gezahlt. In verschiedenen *Energieunternehmen* (RWE, Vattenfall) wurden Tarifierhebungen um 3,4 % bei 13 Monaten Laufzeit vereinbart. In der *Textil- und Bekleidungsindustrie* Westdeutschland sieht der Abschluss vom 21.2.2011 nach zwei Nullmonaten (März und April) eine Pauschalzahlung von 250 € für Mai bis September vor, gefolgt von einer Tarifierhebung um 3,6 % ab 1.10.2011 bis Ende Oktober 2012. Für das *Hotel- und Gaststättengewerbe* Baden-Württemberg erreichte die Gewerkschaft NGG am 23.2.2011 nach drei Nullmonaten (Januar bis März) eine Tarifsteigerung von 2,9 % ab 1.4.2011 und weitere 2,4 % ab 1.7.2012 bei einer Laufzeit bis Ende Juni 2013.

März

Im *öffentlichen Dienst der Länder* (ohne Hessen und Berlin) erfolgte ein Tarifabschluss am 10.3.2011. Für die Monate Januar bis März wurde eine Pauschale von insgesamt 360 € vereinbart. Darauf folgte eine tarifliche Entgelterhöhung von 1,5 % ab dem 1.4.2011 und eine Stufenerhöhung von 1,9 % zuzüglich 17 € Sockelbetrag ab dem 1.1.2012. Die Laufzeit reicht bis Ende 2012. Einen vergleichbaren Abschluss erzielte ver.di am 5.4.2011 für das Land Hessen (vgl. Abschnitt 3.1).

Der Abschluss in der *chemischen Industrie* erfolgte am 31.3.2011. Er sieht nach einem Nullmonat eine Tarifierhebung von 4,1 % für jeweils 14 Monate regional unterschiedlich bis 31.5./30.6./31.7.2012 vor. Mit dieser relativ kurzen Laufzeit unterscheidet sich der Abschluss deutlich von den übrigen Abkommen (vgl. Abschnitt 3.2). Die Tarifver-

tragsparteien haben sich darüber hinaus auf die Fortführung und Ausweitung des Förderprogramms „Start in den Beruf“ geeinigt.

April

Im *Bauhauptgewerbe* verständigten sich die Tarifparteien erst nach einer Schlichtung am 14.4.2011 auf einen Abschluss: Die Tarifvergütungen werden im Westen und in Berlin nach einem Nullmonat (April) um 3,0 % ab 1.5.2011 erhöht, ab 1.6.2012 gibt es eine Stufenerhöhung von 2,3 %. Im Osten gibt es nach 2 Nullmonaten (April und Mai) etwas stärkere Erhöhungen. Die Tarifverträge laufen insgesamt 24 Monate bis Ende März 2013. Ebenfalls erhöht werden die Mindestlöhne West, Berlin und Ost ab Januar 2012 und 2013 mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2013 (vgl. Abschnitt 3.3).

Juni

Im *Einzelhandel* erreichte ver.di einen ersten regionalen Abschluss am 10.6.2011 für den Tarifbezirk Baden-Württemberg: Er sieht nach 2 Nullmonaten Tarifsteigerungen von 3,0 % ab Juni 2011 und weiteren 2,0 % ab Juni 2012 bei einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten vor. Außerdem wurden Vereinbarungen zur Überarbeitung von manteltariflichen Regelungen getroffen, die mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz nicht vereinbar waren (vgl. Abschnitt 3.4).

Die Tarifparteien in der *Druckindustrie* einigten sich nach sechs Verhandlungsrunden und intensiven Warnstreiks Ende Juni auf ein Wiederinkraftsetzen des Manteltarifvertrages ohne die von den Arbeitgebern geforderte Verlängerung der Arbeitszeit und die Absenkung der Löhne für Hilfskräfte. Löhne und Gehälter steigen nach einer Pauschalzahlung von 280 € insgesamt für April 2011 bis Juli 2012 um 2,0 % ab August 2012 mit einer Laufzeit bis Ende 2013. Eine zusätzliche Einmalzahlung 150 € wird im Juli 2013 gezahlt. Die Gesamtlaufzeit beträgt also 33 (!) Monate.

Juli

Im *Versicherungsgewerbe* sieht der Abschluss vom 21.7. eine Pauschale von insgesamt 350 € für April bis August (450 € für untere Gruppen) und eine Tarifierhebung von 3,0 % ab 1.9.2011 und eine Stufenanhebung von weiteren 2,2 % ab 1.10.2012 bis 31.3.2013 vor.

November

In der *Eisen- und Stahlindustrie* setzten die Tarifparteien einen Orientierungswert für die Tarifrunde 2012. Der Abschluss vom 22.11.2011 sieht nach einem Nullmonat eine Tarifierhebung von 3,8 % ab 1.12.2011 bis 28.2.2013, die Gesamtlaufzeit beträgt also 16 Monate (vgl. Abschnitt 3.6).

Die Abschlüsse zeigen insgesamt eine große Bandbreite, die den unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen und tarifpolitischen Kräfteverhältnissen in den einzelnen Branchen und Tarifgebieten geschuldet ist. Aus Arbeitgebersicht ist gerade dies das hervorstechende und positive Merkmal der Tarifrunde. So kritisierte die Bundesver-

einigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrem Geschäftsbericht 2011 zwar die „überzogenen Tarifforderungen“, mit denen die Gewerkschaften - nicht zuletzt beeinflusst durch Äußerungen aus Teilen der Politik - in die Tarifrunden gestartet seien, lobten aber die „differenzierten Tarifabschlüsse“, die bewiesen, „dass die Zeiten der Geleitzüge in der Tarifpolitik endgültig vorbei“ seien (BDA 2011).

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2011

Abschluss	Tarifbereich	2011	2012	Laufzeit in Mon.
09.12.2010 25.01.2011	Deutsche Bahn AG	500 € Einmalzahlung insg. für August - Dezember 2010, 2 Nullmonate (Januar und Februar) 1,8 % ab 01.03.11	2,0 % ab 01.01.12 bis 31.12.12	29
31.01.2011	Privater Transport und Verkehr NRW	nach 4 Nullmonaten (Dezember 2010 - März 2011) 3,1 % ab 01.04.11	1,7 % ab 01.03.12 bis 28.02.13	27
08.02.2011	Volkswagen AG	1,0 % des Jahresentgelts, mind. 500 € als Pauschale für Februar - April insg. 3,2 % ab 01.05.11 bis 31.05.12		16
21.02.2011	Steinkohlenbergbau	600 € insg. Pauschale für Januar - März 3,3 % ab 01.04.11 bis 31.12.12		24
21.02.2011	Textil- und Bekleidungsindustrie West	nach 2 Nullmonaten (März und April) 250 € Pauschale insg. für Mai - September 3,6 % ab 01.10.11 bis 31.10.12		20
23.02.2011	Hotels und Gaststätten Baden-Württemberg	nach 3 Nullmonaten (Januar - März) 2,9 % ab 01.04.11	2,4 % ab 01.07.12 bis 30.06.13	30
10.03.2011	Öffentlicher Dienst Länder	360 € Pauschale insg. für Januar - März 1,5 % ab 01.04.11	1,9 % plus 17 € ab 01.01.12 bis 31.12.12	24
24.03.2011	Textilindustrie Ost	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 2,5 % ab 01.06.11	2,3 % ab 01.04.12 bis 31.03.13	24
25.03.2011	Deutsche Telekom AG, Deutsche Telekom Servicegesellschaften	nach 3 Nullmonaten (Januar - März) (für bestimmte AN-Gruppen statt Nullmonate 2,0 % ab 01.01.11) 3,15 % ab 01.04.11 Mindesterrhöhung von 75 €/Mon. bis 31.01.12		13
28.03.2011	Textiles Reinigungsgewerbe	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 2,7 % ab 01.06.11, Ost: Erhöhung um Steigerungsbeträge West	2,3 % ab 01.06.12, Ost: Erhöhung um Steigerungsbeträge West bis 31.05.13	26
31.03.2011	Chemische Industrie	nach 1 Nullmonat 4,1 % für jew. 14 Monate regional unterschiedlich bis 31.05./30.06./31.07.12		15

Abschluss	Tariffbereich	2011	2012	Laufzeit in Mon.
14.04.2011	Bauhauptgewerbe	nach 1 bzw. 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,0 % ab 01.05.11 (West) 3,4 % ab 01.06.11 (Ost)	2,3 % ab 01.06.12 (West) 2,9 % ab 01.08.12 (Ost) bis 31.03.13 Anhebungen des Mindestlohns	24
18.04.2011	Süßwarenindustrie	nach 1 Nullmonat (regional unterschiedlich) 3,0 % ab 05/06/07/08/09.11 bzw. 02.12	2,8 % ab 05/06/07/08/09.12 bzw. 02.13 für jew. 12 Mon.	25
20.05.2011	Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg	nach 1 Nullmonat (April) 3,0 % ab 01.05.11	2,4 % ab 01.05.12 bis 31.03.13	24
10.06.2011	Einzelhandel Baden-Württemberg	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,0 % ab 01.06.11	2,0 % ab 01.06.12 bis 31.03.13 50 € zus. Einmalzahlung 04.12	24
21.06.2011	Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	360 € Pauschale insg. für Mai - Oktober 4,0 % ab 01.11.11 bis 31.12.12		20
29.06.2011	Druckindustrie	280 € Pauschale insg. für April 2011 - Juli 2012	2,0 % ab 01.08.12 bis 31.12.13, 150 € zus. Einmalzahlung 07.13	33
11.07.2011	Energiewirtschaft NRW (GWE)	3,3 % ab 01.07.11 bis 31.08.12		13
21.07.2011	Versicherungsgewerbe	350 € Pauschale insg. für April - August (450 € für untere Gruppen) 3,0 % ab 01.09.11	2,2 % ab 01.10.12 bis 31.03.13	24
22.11.2011	Eisen- u. Stahlindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen	nach 1 Nullmonat (November) 3,8 % ab 01.12.11 bis 28.02.13		16
29.11.2011	Tarifgruppe RWE	2,7 % ab 01.12.11 bis 31.12.12		13
07.12.2011	Papier erzeugende Industrie	70 € Pauschale für Dezember	3,0 % ab 01.01.12 1,6 % ab 01.01.13 bis 31.05.13	18

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: Dezember 2011

2. Tarifentwicklung – Daten zur Tarifstatistik

2.1 Lohn und Gehalt

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2011 in ganz Deutschland **Lohn- und Gehaltstarifverträge** für 9,2 Mio. Beschäftigte ab, davon für rund 7,9 Mio. in den alten und 1,3 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 49 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 7,4 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2010 oder früher vereinbart wurden (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Bei rund 2,1 Mio. Beschäftigten liefen 2010 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. laufende Tarifverträge sehen für 2011 keine Tarifierhebung vor.

Abschlussrate

Die tarifliche **Abschlussrate** belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 4,8 % (2010: 3,2 %), in Westdeutschland betrug die Rate 4,7 %, in Ostdeutschland 5,4 % (vgl. Tabelle 2). Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2012 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tariftabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 3,4 % im Verbrauchsgütergewerbe, über 4,0 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung sowie Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, 4,3 % im Investitionsgütergewerbe, 5,3 % im Handel, 5,5 % im Baugewerbe bis zu 5,8 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft.

Diese Gesamtabschlussraten sind nur von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die **im Jahr 2011** abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 3,0 % (West: 3,0 %, Ost: 2,9 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2011 eine Streuung zwischen 1,5 % im Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherung und 3,8 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgütergewerbe (vgl. Tabelle 2 im Anhang). In Rechnung zu stellen ist, dass die Erhöhungen zu verschiedenen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden und damit auch die Auswirkungen auf die Tarifvergütungen des Jahres 2011 unterschiedlich waren.

Im Jahr 2011 spielten „**Nullmonate**“ bei den Tarifabschlüssen eine deutlich geringere Rolle als noch im Vorjahr. Zwar gab es für rund 8,1 Mio. (2010: 6,9 Mio.), das entspricht rund 88 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Aber die Zahl der Verzögerungsmonate blieb mit durchschnittlich 3,2 deutlich unter dem Vorjahr mit 9,4 Monaten. Rund 78 % von ihnen mussten zwischen 1 und 5 Monate auf die reguläre Tarifierhöhung warten, für 10 % vergingen 6 und mehr Monate bis zur ersten Tarifsteigerung. Für 2,2 Mio., das sind 27 % der davon betroffenen Beschäftigten vereinbarten die Gewerkschaften als Ausgleich Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 82 € (West: 81 € Ost: 86 €) im Monat betragen (vgl. Tabelle 3 im Anhang).

Laufzeiten

Der seit rund zehn Jahren zu beobachtende Trend zu fast zweijährigen Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die **Laufzeit** der Vergütungstarifverträge im Jahr 2011 beträgt durchschnittlich 22,8 Monate (2010: 24,3 Monate). Für rund 1,5 Mio. Beschäftigte (16,0 %) laufen die Abkommen zwischen 11 und 15 Monaten, für rund 0,4 Mio. (4,3 %) 16 bis 19 Monate und für 7,3 Mio. (79,7 %) 20 Monate und länger. In den neuen Bundesländern laufen die Tarifverträge im Schnitt gut einen Monat länger als in den alten (vgl. Tabelle 4 im Anhang).

Tabelle 1: Laufzeit der Tarifverträge (in Monaten)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Gesamt	14,5	18,3	20,5	21,8	25,7	22,1	22,2	22,4	24,1	24,3	22,8
West	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2	24,3	23,6	22,6
Ost	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4	23,2	28,3	23,9

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2011

Jahresbezogene Tarifsteigerung

Bei der Berechnung der auf das Kalenderjahr bezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der unterschiedlichen Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2011 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 16,8 Mio. Arbeitnehmer/-innen.

Diese **kalenderjährliche Steigerung** der Tarifverdienste 2011 gegenüber 2010 betrug für ganz Deutschland **2,0 %** (2010: 1,8 %) (vgl. Tabelle 5). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 2,8 % im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck aus, gefolgt vom Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und dem Baugewerbe mit 2,3 % und dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,2 %. Genau im Durchschnitt lagen mit 2,0 % das Verbrauchsgütergewerbe und der Handel. Unterdurchschnittlich fielen die Tarifsteigerungen mit 1,8 % im Investitionsgütergewerbe sowie im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung aus. Darunter lagen die Bereiche Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft mit 1,6 % und die Finanzdienstleistungen mit 1,1 %. In Ostdeutschland lag die kalenderjährliche Erhöhung mit 2,2 % etwas höher als in Westdeutschland mit 2,0 %.

Leicht negativ beeinflusst wird die jahresbezogene Tarifsteigerung 2011 durch die länger laufenden Abschlüsse aus dem Jahr 2010. Die daraus resultierende Tarifierhöhung für 2011 beläuft sich auf 1,9 %, die Neuabschlüsse des Jahres 2011 ergeben dagegen 2,1 %. Im Mittel ergeben sich dann die genannten 2,0 %.

In Tarifbereichen mit rund 281.000 Beschäftigten liefen Vergütungstarifverträge im Jahr 2011 aus, ohne dass bis zum Jahresende neue Abschlüsse getätigt wurden. Bezieht man diese Bereiche mit ein, ergibt sich wegen der geringen Zahl keine Auswirkung auf die jahresbezogene Tarifsteigerung.

In Tarifbereichen mit weiteren 1,7 Mio. Beschäftigten sind die Tarifverträge bereits 2010 oder in den Jahren zuvor ohne nachfolgende Abschlüsse ausgelaufen. Berücksichtigt man auch diese Bereiche, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung für **alle** von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten für 2011 insgesamt auf 1,8 %.

Tabelle 2: Tarifsteigerung 2011 in % ¹

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,8	1,6	1,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	0,1	2,4	2,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,4	2,2	2,2
Investitionsgütergewerbe	1,6	1,8	1,8
Verbrauchsgütergewerbe	2,0	2,0	2,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3,0	2,2	2,3
Baugewerbe	2,3	2,3	2,3
Handel	1,9	2,0	2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0,9	1,6	1,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,1	1,1	1,1
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	3,6	2,6	2,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1,9	1,8	1,8
Gesamte Wirtschaft	2,2	2,0	2,0

¹ Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2011 gegenüber 2010.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 31.12.2011

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2011 von 2,0 % liegt unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von 2,3 %. **Real** sanken die tariflichen Grundvergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt **um 0,3 %**.

Effektivverdienstentwicklung

Die Effektivverdienstentwicklung verzeichnet im vergangenen Jahr gegenüber dem Krisenjahr 2010 einen Erholungsprozess. Die Summe der **Bruttolöhne und -gehälter** ist 2011 um 4,8 % gestiegen. Je beschäftigte/n Arbeitnehmer/in ergibt sich **auf Monatsbasis** - nominal - ein **Anstieg um 3,4 %**, auf Stundenbasis dagegen um 2,8 %. Daraus ergibt sich, dass die Bruttoverdienste 2011 erneut real (preisbereinigt) gestiegen sind, und zwar um 1,1 % auf Monatsbasis bzw. 0,5 % auf Stundenbasis.

Für 2011 ist daher, wie bereits in schwächerem Umfang im Vorjahr, eine positive Lohndrift festzustellen. Die Ursache liegt zum einen im Arbeitszeiteffekt (rückläufige Kurzarbeit und vermehrte Überstunden), zum anderen in nicht tariflich geregelten Bonuszahlungen in bestimmten Branchen und Betrieben.

Was den kostenneutralen **Verteilungsspielraum** aus Preis- und Produktivitätsentwicklung in Höhe von 3,5 % betrifft, wurde er im Jahre 2011 durch die Tarifentwicklung mit

durchschnittlich 2,0 % bei weitem nicht ausgeschöpft, die Effektivlohnentwicklung bleibt ebenfalls auf Monatsbasis mit 3,4 % leicht, auf Stundenbasis mit 2,8 % deutlich darunter.

Ein Blick auf die funktionelle Einkommensverteilung zeigt, dass im Jahr 2011 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit einem Plus von 1,5 % schwächer gewachsen sind als die Arbeitnehmerentgelte mit 4,5 %.

Tabelle 3: Wirtschafts- und Verteilungsdaten 2011

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2011
Verbraucherpreise	+2,3
Arbeitsproduktivität/Stunde	+1,2
Neutraler Verteilungsspielraum (Preise+Produktivität)	+3,5
Tarifentgelte	+2,0
Bruttoverdienste/Arbeitnehmer	+3,4
Bruttoverdienste/Stunde	+2,8
Lohnstückkosten/Stunde	+1,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+1,5

Quelle: Stat. Bundesamt, WSI-Tarifarchiv

Lohnangleichung Ost/West

Der Stand der tariflichen **Lohnangleichung** an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2011 ergibt sich dabei folgendes Bild: Auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,63 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein **durchschnittliches Tarifniveau von 96,5 %**. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* praktisch eine unveränderte Situation gegenüber dem Vorjahr.

Tabelle 4: Tarifniveau Ost/West in %

2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2	96,8	96,1	96,6	96,5

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2011

Über den Stand der Angleichung wichtiger manteltariflicher Regelungen und Leistungen in Ostdeutschland (wie z. B. Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) gibt die Übersicht zu ausgewählten Tarifbereichen in Tabelle 12 im Anhang Auskunft.

Ausbildungsvergütungen

Die Steigerung der tariflichen **Ausbildungsvergütungen** ist im vergangenen Jahr deutlich kräftiger ausgefallen als 2010. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 3,2 % (West: 2,9 %, Ost: 4,9 %), der exakt der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen entspricht (BIBB 2012). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der

Ausbildungsvergütung im 3. Ausbildungsjahr variierte die Steigerung in 26 ausgewählten Tarifbereichen zwischen 1,1 % und 12,4 %. In fünf Tarifbereichen sind die Ausbildungsvergütungen im vergangenen Jahr regional oder bundesweit gar nicht angehoben worden (vgl. Tabelle 8 im Anhang).

2.2 Arbeitszeit

Die Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben. Die tarifliche **Wochenarbeitszeit** betrug Ende 2011 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland 37,7 Stunden (West: 37,5 und Ost: 38,8 Stunden) (vgl. nachstehende Übersicht sowie Tabelle 9 im Anhang). Angesichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u. a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen, denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche **Urlaubsdauer** (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert 30,0 Tage (West: 30,1 und Ost: 29,5 Tage) (vgl. Tabelle 10 im Anhang). Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche **Jahresarbeitszeit**, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 1.659,5 Stunden, für Westdeutschland 1.649,0 und für Ostdeutschland 1.713,6 Stunden (vgl. Tabelle 11 im Anhang).

Übersicht 3: Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2011

Tarifregelung	Ost	West	Gesamt
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,5	37,7
<i>Anteil der Beschäftigten (in %) mit:</i>			
<i>bis zu 35 Std.</i>	7,1	24,7	21,8
36 - 37	5,3	9,0	8,3
37,5 - 38,5	30,8	36,7	35,7
39 - 40 und mehr Std.	56,4	29,2	33,6
Urlaub (Arbeitstage) ¹	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.713,6	1.649,0	1.659,5

¹ Endstufe.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2011

3. Ausgewählte Tarifrunden

Forderungen, Ablauf und Ergebnisse der einzelnen Tarifrunden weisen erhebliche Unterschiede auf. Von Bedeutung sind insbesondere die spezifischen Branchenstrukturen und die jeweiligen tarifpolitischen Rahmenbedingungen, die das konkrete Tarifgeschehen prägen. Im Folgenden werden in knapper Form die Tarifrunden in sechs Branchen bzw. Tarifbereichen dargestellt.

3.1 Öffentlicher Dienst - Länder

Ausgangssituation und Forderungen

Im öffentlichen Dienst wurde 2011 für den Bereich der Länder verhandelt. Der Tarifvertrag war Ende 2010 ausgelaufen. Bereits in den Monaten zuvor wurde innerhalb der Gewerkschaften über die mögliche Forderungsstruktur und -höhe diskutiert. Im öffentlichen Dienst verhandelt auf Seiten der Gewerkschaften eine Tarifgemeinschaft von ver.di, GEW, EVG und GdP seitens des DGB gemeinsam mit der dbb - Tariftunion. Die **endgültige Tarifforderung**, wie sie von der ver.di-Bundestarifkommission am 14.12.2010 beschlossen wurde, umfasste folgende Elemente:

- Anhebung der Tarifentgelte um 50 € und zusätzlich um 3 % für Beschäftigte und Auszubildende,
- Laufzeit von 14 Monaten, um eine Synchronisierung mit dem Tarifbereich Bund und Gemeinden herzustellen,
- verbindliche Übernahme der Auszubildenden für mindestens 24 Monate,
- Möglichkeit, Altersteilzeit landesbezirklich vereinbaren zu können,
- Anhebung der Zeitzuschläge für Nachtarbeit in Krankenhäusern auf 15 % sowie Angleichung der Bereitschaftsdienstentgelte an den TVöD,
- weitere Forderungen zur Anpassung des Tarifrechts,
- Vereinbarung von Mitgliedervorteilsregelungen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stellte zusätzlich die Forderung nach einer tariflichen Entgeltordnung für Lehrerinnen und Lehrer in den Mittelpunkt. Die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte wird von den Arbeitgebern einseitig festgelegt. Die Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) orientieren sich an der Beamtenbesoldung. Die GEW hatte in den Tarifverhandlungen 2006 für die Länder durchgesetzt, dass mit dem neuen Tarifrecht erstmals auch für angestellte Lehrkräfte ein Eingruppierungstarifvertrag abgeschlossen wird. Die Verhandlungen dazu sind aber in den Vorjahren ohne Erfolg geblieben. Kernforderung der GEW war die einheitliche Regeleingruppierung für alle nach dem jeweils geltenden Landesrecht qualifizierten Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen und -stufen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in die Entgeltgruppe 14. Bislang variiert die Eingruppierung zwischen E 11 (z. B. für Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen) und E 14.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), in der außer Hessen und Berlin alle Bundesländer zusammengeschlossen sind, bezeichnete die Forderungen der Gewerkschaften als unrealistisch. Die Steuereinnahmen würden 2011 noch unter dem Wert von 2008 liegen, so der TdL-Vorsitzende, der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring, Spielraum für starke Gehaltssteigerungen seien nicht vorhanden und außerdem zwingt die Schuldenbremse in den kommenden Jahren zu einem strikten Konsolidierungskurs (TdL-Presseinfo Nr. 4/2010 vom 14.12.2010). In Rechnung zu stellen sei außerdem die „maximale Arbeitsplatzsicherheit“ im öffentlichen Dienst und der Tatbestand, dass es anders als in der Privatwirtschaft keine Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit gegeben habe.

Verhandlungen und Ergebnis

Die erste Verhandlungsrunde fand am 4.2.2011 in Berlin statt. Die Tarifvertragsparteien tauschten ihre Positionen aus. Die Gewerkschaften verwiesen zur Begründung ihrer Entgeltforderung auf die Wachstumsprognosen von mindestens 1,9 %, die positive Steuerschätzung für die Länder und die erwartete Inflationsrate von mehr als 1,5 %. Die Arbeitgeber wiederholten ihre bekannten Gegenargumente. Sie machten deutlich, dass sie eine Laufzeit von 24 Monaten erreichen wollten. Ein Entgeltangebot legten sie nicht vor.

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 24./25. Februar in Potsdam legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. Sie bezeichneten die Gewerkschaftsforderung als zu hoch und kündigten an, dass sie ohne deren Reduzierung auch kein Angebot unterbreiten würden. Für den Bereich der Lehrkräfte lehnte die TdL selbst einen Stufenplan zur Tarifierung der Eingruppierung ab. Die Gewerkschaften riefen aufgrund dieser Haltung ab dem 28. Februar zu Warnstreiks, Aktionen und Kundgebungen auf, an denen sich bis zum 4. März rund 53.000 Beschäftigte in vielen Bundesländern beteiligten. Insbesondere in den neuen Bundesländern, aber auch in Westdeutschland beteiligten sich die angestellten LehrerInnen in großer Zahl an den Warnstreiks.

In der dritten Verhandlungsrunde konnte nach zweitägigen Verhandlungen am 9./10.3.2011 ein **Ergebnis** erzielt werden, das u. a. folgende Elemente beinhaltet:

- Für die Monate Januar bis März 2011 wird eine Pauschalzahlung von 360 € (Auszubildende 120 €) gezahlt.
- Es folgt eine lineare Erhöhung der Entgelte um 1,5 % ab 1.4.2011.
- Zum 1.1.2012 folgt eine weitere Erhöhung um 1,9 % und anschließend um 17 € (Auszubildende 6 €).
- Die Laufzeit des Vertrages beträgt insgesamt 24 Monate und reicht bis Ende 2012.
- Vereinbart wurde ferner eine Öffnungsklausel für landesbezirkliche Tarifverhandlungen zur Altersteilzeit.

Außerdem einigten sich die Tarifparteien auf eine allgemeine Entgeltordnung für den TV-L, die im Wesentlichen auf den bis dahin erzielten Verhandlungsergebnissen basiert. Nicht durchsetzen konnten die Gewerkschaften die angestrebte Tarifierung der

Eingruppierung der Lehrkräfte. Damit konnte insbesondere die GEW ein zentrales Ziel dieser Tarifrunde nicht realisieren. Die bisherigen Regelungen zur Übernahme der Auszubildenden für mindestens zwölf Monate blieben unverändert.

Mit Blick auf den materiellen Teil des Abschlusses fällt zum einen auf, dass die dauerhafte Tarifierhebung für 2011 unter der laufenden Preissteigerungsrate blieb, der Inflationsausgleich gelingt allenfalls durch die Einmalzahlung. Für 2012 erreichten die Gewerkschaften dagegen, dass zumindest ein Teil ihrer Sockelforderung umgesetzt wird, sodass eine relative Besserstellung der unteren und mittleren Entgeltgruppen erfolgt.

Das materielle Ergebnis wurde seitens ver.di mit durchschnittlich 2,3 % für die Entgelterhöhungen in 2011, mit 2,55 % für 2012 und 0,25 % für die übrigen Ergebnisse bewertet. Die Verhandlungskommission von ver.di empfahl einstimmig die Annahme des Ergebnisses. In der Bundestarifkommission von ver.di wurde die Ablehnung der Entgeltordnung für LehrerInnen heftig kritisiert. Die übrigen Ergebnisse zur Entgeltordnung stießen dagegen auf positive Resonanz. Die Tarifkommission empfahl bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Annahme des Ergebnisses. Auch bei der GEW gab es massive Kritik an diesem Ergebnis. Hier stimmte die Tarifkommission nur mit knapper Mehrheit dem Tarifiergebnis zu. Die GEW hob hervor, dass für Ostdeutschland ein tarifliches Sonderkündigungsrecht vereinbart wurde, so dass ab Ende 2011 in allen Bundesländern Arbeitskämpfe in der Entgeltfrage möglich werden.

In der **Gesamtbewertung** zeigten sich die Gewerkschaften zufrieden. Ver.di konstatierte „eine Einkommensverbesserung, die sich sehen lassen kann“ und eine Neuregelung zur Eingruppierung, „die vielen Beschäftigten nochmals mehr bringt“. Das Gesamtergebnis sei „zweifelsohne ein Erfolg“. Ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp wies darauf hin, dass das Ergebnis für 2011 über dem für Bund und Gemeinden liege. Die GEW sprach mit Blick auf die nicht durchgesetzte Lehrkräfte-Entgeltordnung von einem „bitteren Ergebnis“, der Lohnabschluss sei aber besser, als vor dem Hintergrund der Finanznot vieler Länder zu befürchten gewesen sei. Eine Ablehnung des Gesamtergebnisses hätte einen unbefristeten Erzwingungsstreik bedeutet. Der Verhandlungsführer der TdL Möllring nannte das Ergebnis einen „vernünftigen, tragfähigen Kompromiss“. Angesichts der „unrealistischen Ausgangsforderungen“ der Gewerkschaften sei er mit dem Ergebnis „sehr zufrieden“. Die Mitgliederbefragungen, die in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes seit einigen Jahren nach Tarifverhandlungen durchgeführt werden, ergaben folgendes Bild: Bei ver.di wie auch bei der GEW sprachen sich nach Gewerkschaftsangaben knapp 83 % der Mitglieder für den Tarifabschluss aus.

Bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Landes Hessen erreichten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der fünften Verhandlungsrunde am 4./5.3.2011 ein Ergebnis. Es sieht für 2011 die gleichen Erhöhungen wie für die übrigen Länder vor. In 2012 werden die Entgelte ab März um 2,6 % erhöht, die Ausbildungsvergütungen bereits ab Januar, jeweils mit einer Laufzeit bis 31.12.2012.

3.2 Chemische Industrie

Die Tarifrunde 2011 in der chemischen Industrie führte mit einem Tarifplus von 4,1 % bei einer Laufzeit von 15 Monaten zur höchsten Abschlussrate in einem Flächentarifvertrag in diesem Jahr. Damit gelang es der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), nach dem Abschluss aus dem Vorjahr mit einer reinen Pauschalzahlung von 550 €¹, in diesem Jahr eine beachtliche dauerhafte Tarifsteigerung zu vereinbaren. Das Kalkül, nach einer kurzen Laufzeit von nur 11 Monaten in einem deutlich besseren wirtschaftlichen Umfeld verhandeln zu können, ist insoweit aufgegangen (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2010).

Bereits in einer Bilanz der Tarifrunde 2010 der Gewerkschaft hieß es, die Tarifrunde 2011 werde „im Wesentlichen von den Erwartungen nach einer nachhaltigen Entgelterhöhung geprägt“ (Jungvogel 2011, 44). Diese waren natürlich auch eine Reaktion auf das Tarifergebnis 2010, das „selbstverständlich ... in den Betrieben schwierig zu vermitteln“ war (ebenda, 39). Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung formulierte die IG BCE in der Forderungsempfehlung des Hauptvorstandes vom 6.12.2010 für die Tarifrunde 2011 das Motto „Jetzt geht’s um uns - Das ist unser Aufschwung“. Die chemische Industrie habe das Vorkrisen-Niveau erreicht und sei im internationalen Wettbewerb glänzend aufgestellt. Die „Leitplanken“ der **Forderungsempfehlung** sahen deshalb eine Steigerung der Tarifentgelte von 6 bis 7 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten vor. Als weitere „Zukunftsthemen“, die ebenfalls im Rahmen der Tarifverhandlungen besprochen werden sollten, nannte die Gewerkschaft den Fachkräftemangel und die Nachwuchssicherung. Dazu gehöre auch, mehr Jugendlichen ohne qualifizierten Schulabschluss eine Chance zu geben. Angesichts der älter werdenden Belegschaften müsse auch das Thema Schichtarbeit neu beleuchtet werden. Außerdem seien Regelungen zur Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit vonnöten.

Die Chemie-Arbeitgeber wiesen die Forderungsempfehlung „entschieden“ zurück, die Gewerkschaft schieße mit ihren Forderungen „weit über’s Ziel hinaus“ (BAVC-Presseinformation vom 7.12.2010). Einen echten Aufschwung mit Zuwächsen gegenüber dem Vorkrisenniveau gebe es noch nicht. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, die über 80 % der Mitgliedschaft des Verbandes ausmachten, seien oft „noch nicht aus dem Gröbsten raus“.

Nach der organisationsinternen Diskussion beschloss die Bundestarifkommission der IG BCE am 11. Februar, für die Beschäftigten der chemischen Industrie Einkommenserhöhungen von 7,0 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten zu fordern. Das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Peter Hausmann formulierte: „Die 7 spiegelt die hohe Erwartungshaltung in unserer Mitgliedschaft. Diese Erwartungen sind nicht vom Himmel gefallen, sie entsprechen der Realität in den Betrieben. ... Die Arbeitnehmer haben in der Krise erhebliche Einschnitte hingenommen und so die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung mit geschaffen. Der Aufschwung ist da – und jetzt wollen wir daran

¹ Zu weiteren Details des Abschlusses 2010 siehe den WSI-Tarifbericht 2010.

teilhaben“ (IG BCE-Medieninformation vom 11.2.2011). Tatsächlich markierte die Tarifforderung von 7 % die oberste Marke in der Tarifrunde 2011 (siehe Übersicht 1).

Die Tarifrunde 2011 für die chemische Industrie startete in der Zeit vom 16. Februar bis 2. März mit auf regionaler Ebene geführten Verhandlungen, in deren Mittelpunkt die Diskussion der wirtschaftlichen Lage standen. Ein Angebot wurde von Seiten der Arbeitgeber nicht unterbreitet, die Forderung der IG BCE nach einer Einkommenserhöhung von 7,0 % wurde als überzogen zurückgewiesen. Anschließend wurden die Verhandlungen am 15. März in Hannover auf Bundesebene fortgesetzt. Die Arbeitgeber legten kein Angebot vor und zeigten sich aus Sicht der IG BCE „stur und unbeweglich“. Die IG BCE veranstaltete deshalb in den folgenden zwei Wochen zahlreiche Kundgebungen und Protestveranstaltungen auf lokaler und regionaler Ebene, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen und zeigte damit stärker als in früheren Tarifrunden öffentlich Flagge. Die neun Protestkundgebungen im Rahmen einer „Tarif-Truck-Tour“ wurden von rund 20.000 Beschäftigten besucht.

Vor Beginn der zweiten, zentral geführten Verhandlungsrunde formulierte Peter Hausmann das Ziel, man wolle „eine Marke setzen, die es in diesem Jahr noch nicht gegeben hat“. Nach zweitägigen Tarifverhandlungen wurde ein Abschluss erreicht. Das **Ergebnis** umfasst folgende Elemente:

- Nullmonat: Die Einkommenstarifverträge mit regional unterschiedlichen Laufzeiten wurden für einen Monat wieder in Kraft gesetzt,
- Anhebung der Entgelte um 4,1 % für weitere 14 Monate, regional unterschiedlich ab 1.4./1.5./1.6.2011,
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen nach einem Nullmonat um einheitlich 35 € monatlich.

Vereinbart wurde außerdem die Möglichkeit, die Erhöhung bei besonderem wirtschaftlichen Erfolg einen Monat früher oder aus wirtschaftlichen Gründen zwei Monate später zu zahlen. Diese Regelungen müssen zwischen den Betriebsparteien einvernehmlich getroffen werden. Bei nicht zu bereinigenden Meinungsverschiedenheiten können die regionalen Tarifparteien eingeschaltet werden.

Die Tarifvertragsparteien einigten sich darüber hinaus auf die Fortführung und Ausweitung des Förderprogramms „Start in den Beruf“. Unter anderem wurde der Förderbetrag für Teilnehmer an einem Ausbildungsförderprogramm von bisher 205 € auf bis zu 430 € angehoben. In einer Protokollnotiz verständigten sich die Tarifparteien darauf, im Sommer 2011 in ersten Gesprächen zu erörtern, wie die demografisch bedingten personalpolitischen Handlungsfelder gemeinsam weiterentwickelt werden können. Außerdem sollte eine gemeinsame Bestandsaufnahme der dualen Studiengänge in der Chemiebranche vorgenommen und ein Informationsaustausch über die neuen Chancen der Hochschulreform im Sinne der gesamten Branche durchgeführt werden.

Der IG BCE-Vorsitzende Vassiliadis wertete das Ergebnis als „einen guten, tragfähigen Kompromiss nach einer harten Auseinandersetzung“ und Tarifvorstand Hausmann hob hervor, dass das selbstgesteckte Ziel, mit dem Abschluss eine bislang nicht erreichte Marke zu setzen, erreicht worden sei. Aus Sicht des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) liegt der Abschluss „an der Grenze des Verkraftbaren“. „Insgesamt konnten wir die effektive Kostenbelastung mit langer Laufzeit, Leermonat und Verschiebung zu Beginn in einem akzeptablen Rahmen halten.“ (BAVC-Presseinformation vom 31.3.2011). BDA-Präsident Dieter Hundt warnte, der Abschluss könne kein Maßstab für andere Branchen sein und sei nur wegen der besonders guten Konjunkturlage der Chemieindustrie noch vertretbar.

3.3 Bauhauptgewerbe

In der Tarifrunde für die rund 700.000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe ging es zum einen um die regulären Lohn- und Gehaltsverhandlungen, die entsprechenden Tarifverträge liefen Ende März 2011 aus, zum anderen mussten die Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz neu verhandelt werden, da der entsprechende Mindestlohn-Tarifvertrag Ende November 2011 auslief. Außerdem stand die Anpassung der Ost-Vergütungen an die Westtarife auf der Tagesordnung. Das Tarifgeschehen in der Bauwirtschaft wird seit Jahren maßgeblich von der fragilen Verbandsstruktur und Interessenlage auf Arbeitgeberseite beeinflusst, wo die Trennungslinien häufig zwischen den west- und ostdeutschen Bauunternehmen verlaufen. Aber auch Konflikte zwischen Bauindustrie und mittelständischem Baugewerbe spielen eine wichtige Rolle.

Am 20.1.2011 beschloss die Bundestarifkommission der IG BAU die Forderungen für die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Sie umfassten eine Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5,9 %, eine entsprechende Erhöhung der Mindestlöhne und als „zentrales Ziel“ eine weitere Angleichung des Ostniveaus an das des Westens. Die Arbeitgeber erklärten die Forderungen für „schlicht zu hoch“, das Bauhauptgewerbe habe noch nicht vom gesamtwirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Bei der Angleichung Ost/West sei man sich im Ziel einig, aber bei der Geschwindigkeit dürfe der Osten nicht überfordert werden. Für die gewerblichen Beschäftigten in einigen Bauhandwerken forderten sie, künftig nur noch die niedrigeren Löhne des Maler- und Lackiererhandwerks zu zahlen.

Die erste Verhandlungsrunde startete am 4.3.2011 in Berlin. Die Arbeitgeber legten erwartungsgemäß noch kein Angebot vor. Sie erklärten, dass bei einer möglichen Vereinbarung einer prozentualen Erhöhung diese im Westen geringer ausfallen müsse als im Osten und dafür ein nicht tabellenwirksamer Einmalbetrag gezahlt werden könne. Der Mindestlohn 2, den es nur noch im Westen gibt, solle wegfallen und der Mindestlohn 1 im Westen gesenkt werden. In der zweiten Verhandlungsrunde am 24. März legten die Arbeitgeber für die Beschäftigten des Bauhauptgewerbes ein erstes Angebot vor. Es sah eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von 1,8 % vor. Die IG BAU lehnte dieses Angebot ab, es reiche nicht einmal aus, die laufende Preissteigerungsrate auszugleichen.

Aber auch in der dritten Runde am 30. März konnte keine Einigung erzielt werden. Die Arbeitgeberseite erhöhte ihr Angebot auf 2,0 % im Westen zzgl. geringer monatlicher Einmalbeträge in Höhe von 0,5 % und auf 2,5 % für den Osten. Auf diese Weise sollte eine weitere Angleichung Ost an West erreicht werden. Nach einem Jahr sollte es diese Erhöhungen noch einmal für 12 Monate geben. Die IG BAU wies dieses Angebot zurück, weil damit die Beschäftigten im Westen zur weiteren Ost-Angleichung auf einen Teil der prozentualen Erhöhung verzichten sollten. Auch bei der Entwicklung der Mindestlöhne wurde keine Annäherung erreicht.

Die IG BAU erklärte das Scheitern der Verhandlungen und rief die Schlichtung an: Als Schlichter wurde der frühere Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement bestellt. Die erste Schlichtungsrunde fand am 8. April statt. Eine Einigung wurde aufgrund der zu niedrigen Entgeltangebote und der unzureichenden Angleichungsschritte der Ost- an die Westentgelte nicht erreicht. In der zweiten Schlichtungsrunde am 14.4.2011 kam es durch Schiedsspruch zu folgender **Einigung**:

- nach einem Nullmonat (April) Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Westen und in Berlin um 3,0 % ab Mai 2011,
- eine Stufenerhöhung von 2,3 % (Auszubildende: 2,6 %) ab Juni 2012,
- im Osten nach 2 Nullmonaten (April und Mai) eine Erhöhung von 3,4 % ab Juni und eine Stufenerhöhung von 2,9 % ab August 2012,
- Laufzeit der Tarifverträge insgesamt 24 Monate bis Ende März 2013,
- Anhebung der Mindestlöhne West, Berlin und Ost in zwei Stufen ab Januar 2012 und 2013, Laufzeit bis 31. Dezember 2013.

Auch in den weiteren strittigen Punkten wurde Einigkeit erzielt:

- Für das Bundesgebiet West und Berlin gibt es zudem im Jahr 2012 einen Zusatzbeitrag für die Zusatzversorgungskassen des Baugewerbes von 0,3 % für die gewerblichen ArbeitnehmerInnen bzw. 76 €(bisher: 67 €) für die Angestellten.
- Für das feuerungstechnische Gewerbe entfällt die separate Tabelle im Lohntarifvertrag. Die Entlohnung richtet sich zukünftig nach der Lohn Tabelle der ArbeiterInnen. Die Zuschläge für diesen Bereich werden in einen noch zu verhandelnden Tarifvertrag eingebaut.

Tabelle 5: Tariflicher Mindestlohn im Bauhauptgewerbe in Euro

Bauhauptgewerbe	388.900 AN	ab 07/2011*	ab 01/2012	ab 01/2013
West inkl. Berlin	Werker	11,00	11,05	11,05
	Fachwerker	13,00 (Berlin: 12,85)	13,40 (Berlin: 13,25)	13,70 (Berlin: 13,55)
Ost	Werker	9,75	10,00	10,25

* Vereinbart im Abschluss 2009

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Die IG BAU erklärte, mit dem Tarifiergebnis sei ein tragfähiger Kompromiss gefunden und ein wichtiger Schritt zur Angleichung der Ost- an die Westentgelte erzielt worden. Die Erhöhung der Mindestlöhne sei ein wichtiger Beitrag zum Schutz des Wettbewerbs im Baugewerbe. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie betonte, es sei gelungen, „die Interessen von Ost und West zu berücksichtigen und dabei die Belastung insbesondere für die Ost-Unternehmen im Rahmen zu halten. Hier konnten die Arbeitgeber ihre Position weitgehend durchsetzen“ (Presseinfo 30/11 vom 28.4.2011).

3.4 Einzelhandel

Die Tarifrunden im Einzelhandel waren in den vergangenen Jahren oftmals langwierig und nur mäßig erfolgreich. Angesichts einer anhaltend schwächelnden Branchenentwicklung verbunden mit einer zunehmend von Teilzeitbeschäftigten und Minijobbern geprägten Belegschaftsstruktur erwies sich die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Tarifforderungen immer wieder als außerordentlich schwierig. Die Tarifentwicklung im Einzelhandel verlief im letzten Jahrzehnt sehr gedämpft: Während die Tarifvergütungen im Einzelhandel von 2000 bis 2010 um 18,7 % stiegen, betrug die Steigerung im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt immerhin 24,2 % und erreichte in der chemischen Industrie sogar ein Plus von 30,1 %. Der letzte Tarifabschluss im Einzelhandel aus dem Jahr 2009 hatte eine Laufzeit von zwei Jahren und sah nach vier Nullmonaten eine zweistufige Tarifierhöhung von 2,0 und 1,5 % sowie eine Einmalzahlung von 150 € vor.

Im Jahr 2011 ergab sich eine komplizierte tarifpolitische Gemengelage für die Branche: Zum einen stand eine normale Lohn- und Gehaltsrunde an, weil die regionalen Tarifverträge in diesem Frühjahr ausliefen. Außerdem stellte ver.di in einigen Regionen die Forderung auf, LeiharbeiterInnen künftig nach den Einzelhandeltarifverträgen zu bezahlen und so den Equal-Pay-Grundsatz durchzusetzen. Ein zusätzlicher Regelungsbedarf entstand nach dem Urteil des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf vom Januar 2011, wonach die tariflichen Urlaubsregelungen in Nordrhein-Westfalen mit ihrer Altersstufung nicht vereinbar mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sind. Die Tarifparteien strebten eine Klärung aller rechtlich strittigen manteltariflichen Regelungen² an und richteten dazu eine Arbeitsgruppe ein.

Schließlich stand auch die Absicht der Tarifparteien auf der Tagesordnung, eine Art einheitlichen tariflichen „Basislohn“ zu vereinbaren, der als Mindestlohn für die gesamte Branche allgemeinverbindlich erklärt werden sollte. Bereits seit geraumer Zeit verhandelten Arbeitgeberverband und Gewerkschaft über dieses Thema, das im Rahmen einer angestrebten grundlegenden Entgeltstrukturreform geregelt werden sollte. Bekannt wurden diese Pläne im Zusammenhang mit der Diskussion um Praktiken des Lohndumpings im Einzelhandel wie z. B. bei Schlecker und anderen Discountern (vgl. „HDE: Tariflicher Mindestlohn für alle im Handel“, Pressemeldung vom 17.2.2010).

² Dazu gehörten neben der Urlaubsregelung der besondere Kündigungsschutz sowie die Verdienstsicherung für ältere Beschäftigte, Regelungen zu Teilzeitbeschäftigten, Berechnung von Kündigungsfristen, Teilanspruch auf Sonderzahlung/Urlaubsgeld u. a.

Forderungen

Die **Lohn- und Gehaltsforderungen** fielen in den regionalen Tarifgebieten des Einzelhandels unterschiedlich aus. In den westdeutschen Bundesländern forderte ver.di eine Tarifierhebung zwischen 6,0 %, mindestens 120 € (z. B. in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Saar) und 6,5 % (Baden-Württemberg) und mindestens 130 € (Nordrhein-Westfalen, Berlin). In den meisten ostdeutschen Ländern und in Rheinland-Pfalz wurde eine Vorweganhebung von 50 bzw. 65 € der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zuzüglich einer prozentualen Steigerung um 4,0 % für alle Beschäftigten gefordert. In Hamburg forderte ver.di einen Festbetrag von 120 €. Die Laufzeit sollte 12 bzw. 10 Monate betragen. In einzelnen Bereichen wurde ausdrücklich der Verzicht auf „Nullmonate“ und pauschale Einmalzahlungen gefordert. In Niedersachsen sowie im Bereich Nordsee/-Bremen wurde ein Mindeststundensatz in den Lohn- und Gehaltsgruppen von 10 € gefordert.

Ver.di forderte außerdem eine tarifliche Begrenzung der **Leiharbeit** auf kurzfristigen Personalbedarf zum Abbau von Arbeitsspitzen und Arbeitsausfällen, der nicht durch arbeitsvertragliche Beschäftigte abgedeckt werden kann. Bei der Prüfung anderer Möglichkeiten sollte der Betriebsrat einbezogen und Streitfälle von einer betrieblichen Einigungsstelle entschieden werden. Ähnlich wie in der Tarifregelung zur Leiharbeit in der Stahlindustrie vom September 2010 sollten die Einzelhandelsarbeitgeber verpflichtet werden, darauf hinzuwirken, dass die LeiharbeiterInnen pro Einsatzstunde ein mindestens gleiches Arbeitsentgelt wie die Stammbeschäftigten bei vergleichbarer Tätigkeit erhielten. Dabei soll das entleihende Unternehmen haften, falls der/die Leiharbeiter/in eine geringere Bezahlung als die Stammbeschäftigten nachweisen kann.

Verhandlungen

Die regionalen Verhandlungen begannen am 2.3.2011 in Hessen. Die Verhandlung endete ergebnislos. Dort legten die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde am 9.3.2011 auch ein **erstes Angebot** vor. Danach sollten die Vergütungen nach 3 Nullmonaten (April bis Juni) um 1,5 % steigen, bei einer Laufzeit von insgesamt 12 Monaten. Darüber hinaus wurde eine zweite Komponente in Aussicht gestellt, deren Höhe erst beziffert werden sollte, wenn es zu einer kostenneutralen Angleichung tariflicher Mantelbestimmungen an das Allgemeine Gleichstellungsgesetz gekommen wäre. Eine Regelung zur ver.di-Forderung zur Leiharbeit lehnen die Arbeitgeber ab. Ver.di wies das Angebot zurück, u. a. weil dieses bei der aktuellen Inflationsentwicklung für die Beschäftigten einen Reallohnverlust von 1,3 % bedeutet hätte. Die anderen Regionen begannen ebenfalls mit den Verhandlungen. In den zwischen Ende März und Anfang Mai regional geführten Tarifverhandlungen im Einzelhandel legten die Arbeitgeber ver.di das bereits aus der zweiten Verhandlungsrunde in Hessen bekannte Angebot vor, zum Teil verbunden mit der betrieblichen Möglichkeit, die Erhöhung vorzuziehen oder zu verschieben. In der vierten Verhandlungsrunde in Baden-Württemberg am 9.5.2011 präsentierten die Arbeitgeber ein leicht modifiziertes Angebot, das als zweite Komponente eine zusätzliche Einmalzahlung in Höhe von bis zu 180 € mit Fälligkeit in 2012 umfasste. Ver.di wies auch dies als völlig unzureichend zurück und rief verstärkt zu

Warnstreiks und Streiks auf. Am 30.5.2011 besserten die Arbeitgeber bei den Verhandlungen in Hamburg ihr Angebot auf: Es sah nach drei Nullmonaten eine Anhebung von 2,5 % vor, und für das zweite Jahr eine nicht tabellenwirksame Erhöhung von 1,5 % bei 2 Nullmonaten. Diese sollte ggf. anrechenbar auf eine neue Entgelttabelle sein.

Ergebnis

In der sechsten Verhandlungsrunde gelang dann am 10.6.2011 in Baden-Württemberg der Durchbruch. Das dort erzielte Tarifergebnis beinhaltet folgende Elemente:

- nach 2 Nullmonaten eine Tarifierhöhung 3,0 % ab 1.6.2011 (Ausbildungsvergütungen ab 1.8.2011),
- Stufenerhöhung von 2,0 % ab 1.6.2012 (Ausbildungsvergütungen ab 1.8.2012),
- im April 2012 Einmalzahlung in Höhe von 50 € (Teilzeitbeschäftigte anteilig), für Auszubildende in Höhe von 25 €

Außerdem wurde vereinbart, in einem Ergänzungstarifvertrag zum Manteltarifvertrag diskriminierungsfreie Neuregelungen zu treffen. Als Eckpunkte wurden u. a. verbindlich festgehalten 36 Werktage Urlaub für alle, durchgängige Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften, volles Urlaubsgeld auch für ArbeitnehmerInnen unter 18 Jahre. Was den materiellen Gehalt des Abschlusses betrifft, sind diese Regelungen einzubeziehen, weil sie für Teile der Beschäftigten spürbare Verbesserungen bedeuten.

Ver.di bewertete den Abschluss als Erfolg der massiven Streikbewegung, ohne die das Ergebnis nicht erreichbar gewesen wäre. Die Arbeitgeberseite sprach von einem Abschluss, „der für unsere wirtschaftlich uneinheitlich laufende Branche gerade noch vertretbar ist“.

3.5 Tageszeitungen

Seit Jahren schwelt bei den Tageszeitungen ein gravierender Konflikt zwischen den Verlegern und den Gewerkschaften. Die Zeitungsverleger fordern seit rund zehn Jahren immer von neuem tiefgreifende Einschnitte in die bestehenden Tarifverträge und stoßen dabei regelmäßig auf den teils hartnäckigen Widerstand der betroffenen Beschäftigten. So erinnert der Tarifkonflikt 2010/2011 in vielem an die Tarifrunde 2003/2004 in diesem Tarifbereich (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2005). Auch damals erfolgte eine Einigung der Tarifparteien erst nach monatelangen zähen Verhandlungen, die auch von Streiks und Protestaktionen begleitet wurden. Im Ergebnis mussten damals die Journalistengewerkschaften Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in ver.di und der Deutsche Journalistenverband (DJV) Kürzungen beim Urlaub und beim Urlaubsgeld hinnehmen. Der Manteltarifvertrag wurde ansonsten wieder in Kraft gesetzt und es wurden Gespräche über eine neue Berufsgruppenstruktur vereinbart. Bereits damals stand die Härte, mit der die Verleger diesen Konflikt angingen, in starkem Kontrast zu den deutlich kooperativeren Konfliktlösungsstrategien in anderen Branchen.

Der Tarifkonflikt in der Tarifrunde 2011 begann bereits im Juni 2010, als die beiden Journalistengewerkschaften (dju in ver.di und DJV) fristgerecht die Gehaltstarifverträge gekündigt und eine Tarifierhebung für die 14.000 Beschäftigten von 4 % gefordert hatten. Sie wollten damit einen Ausgleich der Preissteigerungen und einen Anteil an der positiven Konjunkturerwicklung sicherstellen. Wie sehr eine deutliche Anhebung der Tarifgehälter vonnöten war, zeigt die unterdurchschnittliche Tarifentwicklung in den vergangenen zehn Jahren im Bereich der Tageszeitungen.

Tabelle 6: Jahresbezogene Tarifsteigerung in der Gesamtwirtschaft und bei TageszeitungsredakteurInnen

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtwirtschaft	2,1	2,7	2,5	2,0	1,6	1,5	2,2	2,9	2,6	1,8
Redakteure	2,4	2,0	1,9	0,8	0,8	0,5	0,9	2,0	1,7	1,2

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Die Verleger kündigten im Gegenzug den Manteltarifvertrag zum Ende 2010 und forderten drastische tarifliche Einschnitte. Die zentrale Begründung lautete, dass aufgrund des sehr schwachen Geschäfts die Kostenstrukturen dringend gesenkt werden müssten. Auf dem Werbe- und Lesermarkt sei keine positive Entwicklung erkennbar, die Umsätze für das Jahr 2009 lägen auf dem Niveau von 1994. Wenn der Gehaltstarifvertrag und der Altersvorsorgetarifvertrag nicht angegriffen werden sollten, dann müssten Einsparmöglichkeiten im Manteltarifvertrag gesucht sowie die Rahmenbedingungen für die Volontäre und Berufsanfänger „geändert“ werden.

Die Verhandlungen starteten am 14.9.2010 und führten in drei Runden bis Dezember des Jahres zu keinerlei Verhandlungsfortschritt. Die Arbeitgeber konkretisierten ihre Forderungen dahingehend, dass Urlaubs- und Weihnachtsgeld von 1,75 auf max. ein Monatsgehalt für aktuell beschäftigte RedakteurInnen gesenkt werden sollte. Für neu eingestellte RedakteurInnen sollte ein Gehaltstarifvertrag II mit 15 % niedrigerem Gehalt sowie 10 % Kürzung im Manteltarifvertrag durch Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden, Kappung des Jahresurlaubs bei 30 Tagen, Streichung des Urlaubsgeldes sowie Halbierung der Arbeitgeberbeiträge für die Altersversorgung von 5,0 auf 2,5 % vereinbart werden. Nach Berechnungen der dju bedeutete dies bereits nach zehn Redakteursjahren mehr als 100.000 € weniger Einkommen und eine schlechtere Altersversorgung.

Die Arbeitgeber boten ihrerseits bei einer dreijährigen Laufzeit für die beiden ersten Jahre eine „maßvolle Einmalzahlung“ und für das dritte Jahr eine „maßvolle prozentuale Erhöhung“ an. In mehreren Verhandlungsrunden konnte bis zum Frühjahr keinerlei substanzielle Annäherung erreicht werden. Ab Ende März kam es in kürzer werdenden Abständen zu Warnstreiks an denen sich mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten jeweils mehrere hundert Beschäftigte an Tageszeitungen beteiligten. Allein im Juni registrierte ver.di 3.000 Streikbeteiligte. Anfang Juli gaben dju und DJV grünes Licht

für Urabstimmungen über reguläre Streikmaßnahmen: In Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und NRW stimmten zwischen 98 und 99 % der dju- und der DJV-Mitglieder für Streik. An den nachfolgenden Streiks beteiligten sich RedakteurInnen von über 80 Tageszeitungen in ganz Deutschland. Die Gewerkschaften mobilisierten auch eine breite Öffentlichkeit für ihr Anliegen. Eine Reihe von Prominenten machte sich für angemessene Arbeits- und Einkommensbedingungen der JournalistInnen stark.

In der zehnten Verhandlungsrunde am 17./18.8.2011, die von Streiks von rund 2.000 RedakteurInnen begleitet wurde, erzielten die Tarifparteien eine Einigung, die folgendes vorsah:

- 200 €Pauschale insgesamt für August 2010 bis April 2012,
- lineare Erhöhung der Gehälter um 1,5 % ab Mai 2012, Laufzeit bis Ende Juli 2013,
- zusätzliche Einmalzahlungen von 200 € im Februar 2013,
- Erhöhung der Honorare für Freie um je 2,0 % ab Oktober 2011 und ab August 2012,
- Verlängerung des Altersversorgungstarifvertrages bis Ende 2013,
- Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages mit folgenden Änderungen:
 - Möglichkeit zur Absenkung der Sonderzahlung (95 % eines Monatsentgeltes) oder des Urlaubsgeldes (80 % eines Monatsentgeltes) um max. 50 % eines Monatsentgeltes einmal jährlich in 2012/2013 bei wirtschaftlicher Notlage durch Betriebsvereinbarung,
 - Voraussetzung: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen im Jahr/Folgejahr der Absenkung,
 - weitergehende Absenkungen durch Tarif-Parteien möglich.

Die vereinbarte tarifliche Öffnungsklausel entspricht im Wesentlichen den Tarifbestimmungen in der Druckindustrie. Eine von den Verlegern geforderte differenzierte oder gar abgesenkte Tarifregelung für Berufseinsteiger sieht die Tarifeinigung ausdrücklich nicht vor.

Aus Sicht der Gewerkschaften war das Ergebnis deshalb akzeptabel: „Mit diesem Ergebnis ist die Abwehr der von den Verlegern geplanten Abwertung des Journalistenberufs gelungen. Obwohl die Tarifierhöhung sicherlich unbefriedigend ist, ist das Tarifiergebnis damit insgesamt ein Erfolg“, erklärte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Und der DJV-Verhandlungsführer Kajo Döhring resümierte: „Die Verhinderung des Dumping-Tarifvertrags für Berufseinsteiger ist ein voller Erfolg.“

Die Tarifkommissionen beider Gewerkschaften stimmten dem Verhandlungsergebnis zu und auch in den nachfolgenden Urabstimmungen bei den dju-Mitgliedern kam es zu positiven Voten, regional unterschiedlich zwischen 85,7 und 97,4 %.

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) betonte, mit dem neuen Tarifvertrag sei Planungssicherheit für die Verlage geschaffen, und bedauerte im Übrigen, dass es nicht gelungen sei, eine „zweite Plattform“ für Berufsanfänger mit abgesenkten Tarifen zu schaffen. Die Notwendigkeit dafür bleibe bestehen.

3.6 Eisen- und Stahlindustrie

Die Tarifrunde in der Stahlindustrie bildete gleichermaßen den Abschluss der Tarifrunde 2011 wie den (vorgezogenen) Auftakt der Tarifrunde 2012. Der letzte Tarifabschluss vom September 2010 mit einer Pauschalzahlung von 150 € und einer Tarifierhebung von 3,6 % lief Ende Oktober 2011 aus. Trotz der erheblichen Irritationen, die von der Eurokrise ausgingen, setzte die IG Metall auf die stabile realwirtschaftliche Entwicklung gerade in der Stahlindustrie. Sie verwies auf die „sehr gute wirtschaftliche Lage in 2011“ und darauf, dass „alle Fakten für 2012 ein weiteres, moderates Wachstum“ auswiesen. Die Tarifkommission beschloss daher am 18.10.2011 als **Tarifforderung** eine Anhebung der Tarifvergütungen um 7,0 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Eine vergleichbar hohe Forderung hatte nur die IG BCE für die chemische Industrie erhoben. Zwei weitere Forderungen kamen hinzu: Alle Auszubildenden sollten nach bestandener Abschlussprüfung unbefristet übernommen werden und die Regelungen zur Altersteilzeit sollten verbessert werden. Die unterschiedlichen Tarifwerke Demografie, Beschäftigungssicherung, Altersteilzeit sollten nach Möglichkeit zu einem neuen übersichtlicheren Tarifvertrag zusammengefasst werden.

Am 21.10.2011 fand die erste Verhandlungsrunde statt, die traditionell der ausführlichen Begründung und der Erörterung der gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Lage dient. Aus Sicht der Stahlarbeitgeber weckte die IG Metall mit ihrer „Schönwetterforderung“ von 7 % eine „vollkommen unrealistische“ Ergebniserwartung. Auch die unbefristete Übernahme werde mehr schaden als nützen und die Ausbildungsquote der Betriebe sinken lassen. Die zweite Runde am 7.11.2011, die von einem Warnstreik der Auszubildenden und einer Kundgebung mit 800 Teilnehmern am Verhandlungsort begleitet wurde, führte zu keinem substanziellen Verhandlungsfortschritt. Die qualitativen Themen sollten in Arbeitsgruppen konkretisiert werden.

Die IG Metall rief vor der dritten Runde zu Warnstreiks auf, an denen sich 17.000 Beschäftigte aus über 50 Betrieben beteiligten. Am 20./21.11. gelang dann nach 12-stündigen Verhandlungen der Durchbruch. Der **Abschluss** beinhaltete folgende Bestandteile:

- Anhebung der Tariflöhne und -gehälter nach einem Nullmonat (November) um 3,8 % bei einer Laufzeit bis Ende Februar 2013,
- grundsätzlich unbefristete Übernahme Ausgebildeter nach bestandener Abschlussprüfung,
- Regelung zum Abweichen von der Übernahme, u.a. bei Ausbildung über Bedarf oder akuten betrieblichen Beschäftigungsproblemen; Übergangsregelung für die derzeitigen Auszubildenden,
- Altersteilzeit: Aufstockung des Arbeitgeberbeitrages zur Rentenversicherung von 95 auf 100 %,
- Verlängerung des Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung sowie des Tarifvertrages zur Gestaltung des demographischen Wandels,

- Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel, bis zum 31.1.2013 einvernehmlich Möglichkeiten zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben neben der Altersteilzeit zu erreichen.

Die IG Metall zeigte sich mit den Ergebnissen zufrieden: Die „Operation Übernahme“ sei gelungen und die Tarifsteigerung von 3,8 % sei „ein ordentliches Plus“, besonders wenn man in Rechnung stelle, dass das wirtschaftliche Umfeld und die Beschäftigungssituation in vielen Betrieben schwieriger würden. „Darauf“, so IG Metall-Bezirksleiter Oliver Burkhard, „können wir stolz sein.“ Den Arbeitgebern sei, so Verbandsvorsitzender Helmut F. Koch, der Abschluss „sehr schwer gefallen“, er sei nur wegen der relativ langen Laufzeit akzeptabel. Die Übernahmeregelung biete ausreichende Möglichkeiten, die bisherige Ausbildungspraxis beizubehalten und eine Ausweitung des Anspruchs auf Altersteilzeit habe abgewehrt werden können.

4. Niedriglöhne und Mindestlöhne – neue Entwicklungen

Nach wie vor arbeitet ein hoher Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Das belegen seit Jahren Auswertungen verschiedener Datensätze wie etwa des Sozioökonomischen Panels (z. B. IAQ 2010) und der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (z. B. Schulten 2011). Die Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass im Jahr 2010 knapp 21 % der Vollzeitbeschäftigten mit ihrem Verdienst unterhalb der Niedriglohnschwelle von 2/3 des Medianlohns lagen.

Tabelle 7: Anteil der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich in %

1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
16,9	17,3	17,6	17,9	18,4	19,0	19,5	20,1	20,4	20,5	20,4	20,9

Getrennte Niedriglohnschwelle von zwei Drittel des Medianlohnes für West- und Ostdeutschland

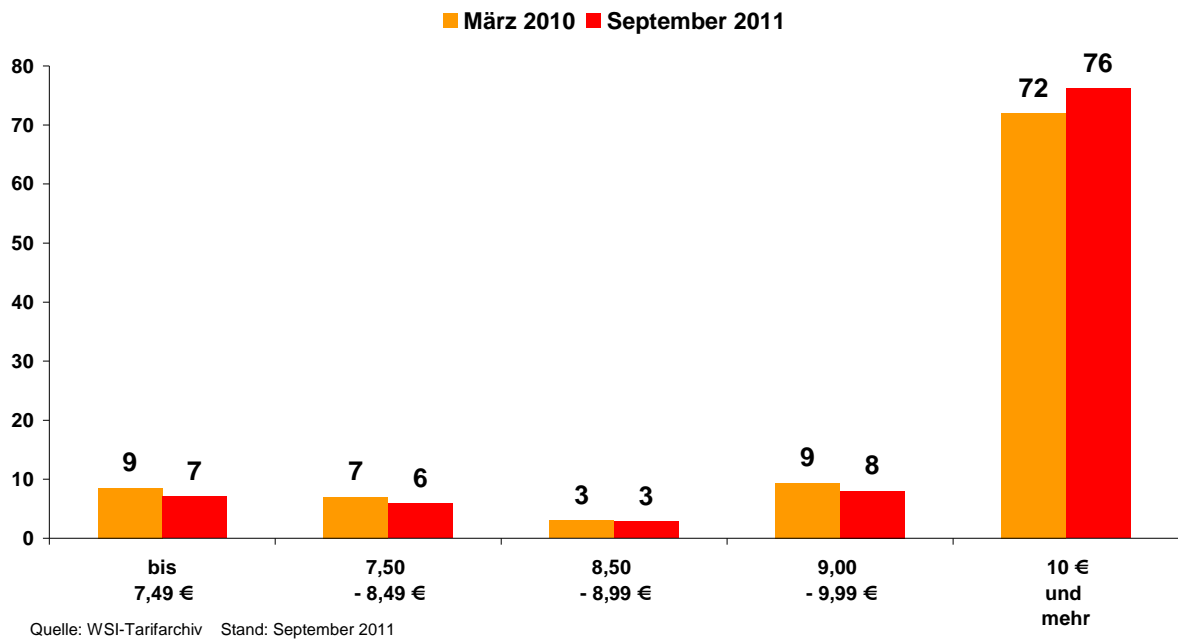
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik

Angesichts der Persistenz des Niedriglohnproblems verwundert es nicht, dass die Thematik auch im vergangenen Jahr Gegenstand intensiver tarif- und sozialpolitischer Diskussion und Auseinandersetzung auf verschiedenen Ebenen war.

Tarifliche Niedriglöhne

Eine Untersuchung des WSI-Tarifarchivs von rund 4.700 tariflichen Vergütungsgruppen im Frühjahr 2010 hatte ergeben, dass rund 16 % der Tarifgruppen unterhalb des von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohns von 8,50 € lagen. Eine erneute Analyse auf dem Stand von September 2011 ergab eine erkennbare Verbesserung: Nur noch 13 % der Tarifgruppen entsprechen nicht dem selbst gesetzten Maßstab. Insbesondere in den ausgeprägten Niedriglohnbranchen Bewachungsgewerbe, Erwerbsgartenbau, Friseurhandwerk, Gebäudereinigerhandwerk und Hotel- und Gaststättengewerbe konnte die Zahl der Tarifgruppen mit Vergütungen unter 7,50 Euro gesenkt werden (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2011).

Abbildung 1: Tarifliche Vergütungsgruppen nach Vergütungshöhe in %



Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz

Die Gewerkschaften bemühten sich zum einen, die bestehenden tariflichen Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz anzuheben bzw. die Rechtsverordnung für neu abgeschlossene Mindestlöhne durchzusetzen, und zum anderen, neue Branchen in den Geltungsbereich des Entsendegesetzes zu bringen. Die Bilanz dieser Aktivitäten fällt gemischt aus:

Neue Mindestlöhne

- *Forstliche Dienstleistungsunternehmen West und Ost*: Bereits am 12.10.2010 hatte die IG BAU für diesen Tarifbereich einen Mindestlohn von 10,52 € vereinbart, der am 1.12.2011 auf 10,78 € steigen sollte. Eine Aufnahme der Branche in den Geltungsbereich des AEntG ist bislang nicht erfolgt.
- *Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk*: Am 8.3./8.12.2011 (West/Ost) wurde erstmalig ein Mindestlohn vereinbart in Höhe von 11,00 € für West sowie Berlin-Ost und 9,75 € für Ost ohne Berlin-Ost. Die Allgemeinverbindlichkeit auf Grundlage des AEntG wurde beantragt, ist aber noch nicht erfolgt.
- *Gerüstbauerhandwerk*: Erstmals wurde für diese Branche ein Tarifvertrag über einen einheitlichen Mindestlohn von 9,50 € und einer Anhebung auf 10,00 € ab November 2012 vereinbart. Er wurde noch nicht für allgemeinverbindlich erklärt.

Anhebung von bestehenden Mindestlöhnen

- *Sicherheitsdienstleistungen Bundesgebiet West und Ost*: Am 11.2.2011 vereinbarte ver.di einen überarbeiteten Tarifvertrag zum Mindestlohn für Beschäftigte im Objektschutz-/Separatwachdienst, der regional unterschiedliche Mindestlöhne von 6,53 bis 8,60 € vorsieht, die bis Anfang 2013 stufenweise auf 7,50 bis 8,90 € steigen sollen. Die Rechtsverordnung trat am 1.6.2011 in Kraft.

- *Bauhauptgewerbe*: Der Tarifabschluss vom 14.4.2011 sieht eine Anhebung des zweigeteilten Mindestlohnes West von 11,00/13,00 € in zwei Schritten Anfang 2012 und 2013 vor. Der Mindestlohn Ost von 9,75 € steigt ebenfalls 2012 und 2013 (siehe Abschnitt 3.3). Die Rechtsverordnung erfolgte im Oktober 2011.
- *Abfallwirtschaft*: Der bestehende Mindestlohntarifvertrag wurde am 16.6.2011 verlängert mit einer Erhöhung von 8,24 auf 8,33 € ab 1.9.2011 bei einer Laufzeit bis zum 31.3.2012. Der Mindestlohn ist allgemeinverbindlich.
- *Bergbauspezialgesellschaften*: Mit Abschluss vom 22.3.2011 wurde der Mindestlohn von 11,17 auf 11,53 € bzw. von 12,41 auf 12,81 € erhöht. Auch hier ist die Rechtsverordnung erfolgt.
- *Gebäudereinigerhandwerk*: Mit dem Tarifabschluss vom 24.8.2011 wurde der Mindestlohn für West und Berlin-Ost/Ost in der Innen- und Unterhaltsreinigung auf 8,82/7,33 € und in der Glas- und Fassadenreinigung unverändert 11,33/8,88 € festgelegt. Eine weitere Anhebung folgt Anfang 2013. Die Regelungen sind inzwischen rechtsgültig.

Insgesamt bestehen Anfang 2012 in zehn Branchen gültige Mindestlöhne nach dem AEntG, für weitere drei Branchen sind vorliegende Mindestlöhne noch nicht allgemeinverbindlich erklärt (vgl. Tabelle 14 im Anhang).

Lohnuntergrenze nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

Die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und die beiden größten Arbeitgeberverbände der Branche, der Bundesverband Zeitarbeit und der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen, hatten sich bereits im Mai 2006 auf einen Mindestlohn von 7,00 € im Westen und 6,10 € im Osten geeinigt. Im Februar 2008 hatten sie erfolglos die Aufnahme in das Entsendegesetz beantragt, weil sich die Regierungsparteien der damaligen großen Koalition aus CDU/CSU und SPD nicht einigen konnten. Die schwarz-gelbe Koalition aus CDU/CSU und FDP, die im Herbst 2009 die Regierung übernahm, lehnte eine Aufnahme in das Entsendegesetz ab und fügte nach langen Kontroversen im April 2011 schließlich die Möglichkeit zur Festlegung einer Lohnuntergrenze in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) ein.

Im Dezember 2011 gab dann der Tarifausschuss beim Bundesarbeitsminister seine Zustimmung und kurz darauf konnte fünf Jahre nach der ersten tariflichen Vereinbarung ein Mindestlohn für die Branche rechtsverbindlich gemacht werden. Die Mindestentgelte betragen 7,89 € im Westen und 7,01 € im Osten. Ab dem 1.11.2012 sollen sie auf 8,19 € im Westen und 7,50 € im Osten steigen.

Ohne Ergebnis blieb die Forderung nach der Einführung des Equal-pay-Prinzips. Der Druck auf die Politik, in dieser Frage tätig zu werden, nahm zu, die Gewerkschaften forderten eine Anwendung ab dem ersten Tag des Einsatzes von LeiharbeiterInnen und eine entsprechende gesetzliche Regelung. Die Bundesregierung lehnte entsprechende Maßnahmen ab und forderte stattdessen die Tarifvertragsparteien auf, einen gemeinsamen Vorschlag zu entwickeln, nach welcher Einarbeitungszeit der Grundsatz des

Equal Pay zur Anwendung kommen sollte. Im Frühjahr 2012 soll eine Kommission zur Findung einer Höchstabweichungsdauer von Equal Pay eingesetzt werden, sofern sich die Tarifvertragsparteien in der Branche bis dahin nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigen können.

Tariftreugesetze und vergabespezifische Mindestlöhne

Auch im vergangenen Jahr hat sich die „Renaissance“ von Tariftreugesetzen fortgesetzt. Die Zahl der Bundesländer, die die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifstandards binden oder dies planen, ist auf mittlerweile elf gestiegen. In folgenden Bundesländern ist ein vergabespezifischer Mindestlohn vorgeschrieben:

- Berlin: 7,50 €(seit Juli 2010)
- Brandenburg: 8,00 €(ab Januar 2012)
- Bremen: 8,50 €(ab April 2011, vorher: 7,50 €)
- Rheinland-Pfalz: 8,50 €(seit: März 2011)
- Nordrhein-Westfalen: 8,62 € (verabschiedet, in Kraft voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2012)

Weitere Bundesländer mit Gesetzesinitiativen, die auch Mindestlöhne vorsehen, sind Baden-Württemberg (geplant 8,50 €) und Hamburg (noch nicht festgelegt). Mecklenburg-Vorpommern will laut Koalitionsvertrag einen Mindestlohn von 8,50 € einführen, Berlin will den Mindestlohn auf 8,50 € erhöhen.

Debatte um gesetzlichen Mindestlohn

Ungeachtet der schrittweisen Ausweitung der branchenbezogenen Mindestlöhne nach dem AEntG ging die Debatte um einen allgemeinen, branchenübergreifenden Mindestlohn weiter. Vor allem in der CDU bemühten sich die Vertreter des Arbeitnehmerflügels unter dem ehemaligen NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann einen Vorschlag mehrheitsfähig zu machen, der einen gesetzlichen Mindestlohn auf Basis des tariflichen Mindestlohnes für die Leiharbeitsbranche vorsah. Laumann argumentierte, es handle sich dabei um einen von den Tarifparteien selbst ausgehandelten, also nicht staatlich gesetzten Mindestlohn, der bereits branchenübergreifend, nämlich in der Leiharbeitsbranche, zur Anwendung komme. Der Vorschlag fand zumindest in allgemeiner Form Unterstützung durch die Bundesarbeitsministerin und auch die Bundeskanzlerin sprach sich für eine allgemeine Lohnuntergrenze aus. Eine parteiinterne Kommission sollte einen tragfähigen Vorschlag entwickeln, der auf dem Parteitag in Leipzig verabschiedet werden sollte. Der heftige Widerstand insbesondere seitens des CDU-Wirtschaftsflügels führte allerdings zu einer Verwässerung des Vorschlags. Der auf dem Parteitag gefasste Beschluss lautet: *„Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten*

Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und

damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.“

Die Reaktion der Gewerkschaften war von Skepsis gekennzeichnet: Als keinesfalls großen Wurf, aber als Zeichen der Anerkennung gewisser Realitäten bezeichnete etwa Claus Matecki, DGB-Vorstandmitglied, den Beschluss. Es bleibe abzuwarten, ob es der CDU gelinge, diese „Mindestlohnlösung light“ mit dem Koalitionspartner FDP umzusetzen. Inakzeptabel sei es, dass Lohnuntergrenzen nur dort von den Tarifpartnern vereinbart werden sollen, wo es nicht bereits Tarifverträge gibt. Das führe dazu, dass etwa viele Friseurinnen oder Floristen auch weiterhin Löhne von zum Teil unter fünf Euro erhielten.

Die sozialdemokratisch (mit)regierten Landesregierungen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen brachten am 9. Dezember 2011 über den Bundesrat einen Entschließungsantrag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, unverzüglich einen Gesetzentwurf für einen allgemeinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn vorzulegen, der nicht unter 8,50 € liegen sollte (Bundesrat 2011).

5. Ausblick

In der Tarifrunde 2012 geht es in zahlreichen Tarifbereichen vorrangig um kräftige Entgelterhöhungen. Ähnlich wie in der vorangegangenen Tarifrunde gibt der vorlaufende Tarifabschluss in der Stahlindustrie vom November 2011 eine erste Orientierung. Nach dem Kündigungsterminkalender werden im ersten Halbjahr 2012 folgende größere Tarifbereiche das Tarifgeschehen bestimmen: der öffentliche Dienst (Bund, Gemeinden), dessen Verträge Ende Februar auslaufen, die Metall- und Elektroindustrie (März 2012), Volkswagen und chemische Industrie (Mai bis Juli 2012). Verhandlungen haben bereits in einigen Bereichen begonnen. Die bisher vorliegenden Forderungen bewegen sich zwischen 5 und 7 %. Für die Deutsche Post AG wurde bereits ein erster Abschluss vereinbart: Er sieht eine Pauschale von 400 € und eine Tarifierhebung von 4,0 % ab 1.4.2012 mit einer Laufzeit bis März 2013 vor.

Die Themen Regulierung der Leiharbeit und Übernahme der Ausgebildeten werden auch in der Tarifrunde 2012 eine Rolle spielen. In der Metallindustrie wurden vor der eigentlichen Lohnrunde bereits Verhandlungen aufgenommen.

Das wirtschaftliche Umfeld der anstehenden Tarifrunde gestaltet sich dabei zunehmend schwierig: Die Prognosen sagen für Europa insgesamt eine Rezession und für Deutschland eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung voraus. Dabei mehren sich die Stimmen der Ökonomen (Wagner 2012, IMK 2012, Sinn 2012), die zur Stabilisierung der Binnennachfrage für eine Ausschöpfung des Verteilungsspielraums plädieren, was Tarifierhebungen von jahresdurchschnittlich 3,0 bis 3,5 % bedeuten würde.

In einer Reihe von Tarifbereichen wurden bereits Tariferhöhungen für das Jahr 2012 und 2013 vereinbart, wie die nachstehende Übersicht zeigt. Die Abschlussraten bewegen sich zwischen 1,6 und 2,9 % (Übersicht 5).

Übersicht 4: Bereits vereinbarte Tarifierhebungen für 2012/2013

Tarifbereich	Erhöhung um	ab MM/2012	bis MM/JJJJ
Bauhauptgewerbe	2,3 % (West)	06	03/2013
	2,9 % (Ost)	08	
Deutsche Bahn AG	2,0 %	01	12/2012
Druckindustrie	2,0 %	08	12/2013
	150 € zusätzliche Einmalzahlung	07	
Einzelhandel Baden-Württemberg	2,0 %	06	03/2013
	50 € zusätzliche Einmalzahlung	04	
Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg	2,4 %	05	03/2013
Hotels und Gaststätten Baden-Württemberg	2,4 %	07	06/2013
Öffentlicher Dienst Länder	1,9 % plus 17 €	01	12/2012
Papier erzeugende Industrie	1,6 %	01/2013	05/2013
Postbank AG	2,4 %	04	04/2013
Privater Transport und Verkehr NRW	1,7 %	03	02/2013
Süßwarenindustrie	2,8 %	regional untersch. 05-09/2012 bzw. 02/2013	regional untersch. 04-08/2013 bzw. 01/2014
Textilreinigungsgewerbe	2,3 %	06	05/2013
Textilindustrie Ost	2,3 %	04	03/2013
Versicherungsgewerbe	2,2 %	10	03/2013

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: Dezember 2011

Literatur:

- BDA (2011): Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Geschäftsbericht 2011.
- Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2005): Tarifpolitischer Jahresbericht 2004: Tarifstandards unter Druck, Informationen zur Tarifpolitik; Januar 2005.
- Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2010): Tarifpolitischer Jahresbericht 2009: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf, Januar 2010.
- Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2011), Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich 2011. Eine Untersuchung in 41 Wirtschaftszweigen, Elemente qualitativer Tarifpolitik 72, Düsseldorf, November 2011.
- BiBB (2012): Bundesinstitut für Berufsbildung, Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2011: Azubi-Gehälter legen deutlich zu, Pressemeldung vom 4.1.2012.
- Bispinck, Reinhard (2010): Niedriglöhne und der Flickenteppich von (unzureichenden) Mindestlöhnen in Deutschland, WSI-Report Nr. 4, Oktober 2010.
- Bundesagentur für Arbeit (2012): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und das Jahr 2011.
- Bundesrat (2011) Drucksache 816/11 vom 9.12.2011, Antrag der Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz. Entschließung des Bundesrates - Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch Implementierung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes.
- IMK Arbeitskreis Konjunktur (2011): Im Bann der Austeritätspolitik - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2012, IMK Report Nr. 69, Dezember.
- IMK (2012): Den Bann durchbrechen, IMK Report, Nr. 70, Januar.
- Schulten, Thorsten (2011): Niedriglöhne in Deutschland, Ursachen, soziale Folgen und Alternativen, in: Günter Wallraff/Frank Bsirske/Franz-Josef Möllenberg (Hrsg.), Leben ohne Mindestlohn. Arm wegen Arbeit, Hamburg, S. 68-81.
- Wagner, Gert (2012): Löhne wie aus dem Lehrbuch, DIW Wochenbericht Nr. 1+2/2012 vom 4. Januar 2012

Anhang zum WSI-Tarifbericht 2011

	Seite
I. Grafiken West und Ost	
1: Erhöhung der Tarifverdienste 2011 nach Wirtschaftsbereichen.....	34
II. Tabellen West und Ost	
1: Anzahl der von Tarifverträgen erfassten und 2011 begünstigten Arbeitnehmer	35
2: Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2011	36
3: Verzögerungen und Pauschalzahlungen in der Tarifrunde 2011	37
4: Vereinbarte Laufdauer der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2011	38
5: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 2011	39
6: Tarifliche Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West (mittlere Gruppe)	40
7 a: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen West	41 - 42
7 b: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen Ost.....	43
8: Ausbildungsvergütungen.....	44 - 45
9: Tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit 2011.....	46
10: Tariflicher Urlaubsanspruch	47
11: Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit.....	48
12: Tarifliche Regelungen und Leistungen in ausgewählten Tarifbereichen.....	49 - 50
13 a: Tarifliche Niedriglöhne West	51
13 b: Tarifliche Niedriglöhne Ost.....	52
14: Tarifliche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz	53
III. Ausgewählte Tarifabschlüsse West und Ost	55 - 59

Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2011 gegenüber dem Vorjahr

Gesamte Wirtschaft	2,0	<i>in Prozent</i>
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck	2,8	
Baugewerbe	2,3	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,3	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,2	
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	2,1	
Handel	2,0	
Verbrauchsgütergewerbe	2,0	
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1,8	
Investitionsgütergewerbe	1,8	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,6	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,6	
Kreditinstitute, Versicherungen	1,1	

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2011

WSI Hans Böckler
Stiftung

Anzahl der von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erfassten sowie von Lohn-, Gehalts- und Entgelterhöhungen im Jahre 2011 begünstigten Arbeitnehmer (in 1000)¹

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)

Wirtschaftsbereich ²		Von Tarifverträgen erfasste AN ³				Von Neuabschlüssen in 2011 begünstigte AN				AN ohne Neuabschlüsse	
		insgesamt	Lohn-tarif-verträge	Gehalts-tarif-verträge	Entgelt-tarif-verträge	insgesamt	Lohn-tarif-verträge	Gehalts-tarif-verträge	Entgelt-tarif-verträge	insgesamt	mit Erhöhungen aus dem Vorjahr ⁴
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	294,2	233,6	36,3	24,3	79,6	67,0	10,4	2,2	214,6	195,6
	W	183,9	148,6	17,7	17,6	65,5	57,2	8,3	-	118,4	109,2
	O	110,3	85,0	18,6	6,7	14,1	9,8	2,1	2,2	96,2	86,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	195,7	33,9	13,1	148,7	136,9	18,0	6,2	112,7	58,8	31,0
	W	145,9	25,1	9,4	111,4	133,6	18,0	6,2	109,4	12,3	8,1
	O	49,8	8,8	3,7	37,3	3,3	-	-	3,3	46,5	22,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	992,9	249,9	100,6	642,4	897,8	185,0	77,8	635,0	95,1	22,7
	W	871,0	201,7	83,4	585,9	807,1	156,6	67,0	583,5	63,9	19,7
	O	121,9	48,2	17,2	56,5	90,7	28,4	10,8	51,5	31,2	3,0
Investitionsgütergewerbe	G	4.445,0	388,6	188,0	3.868,4	486,0	183,0	78,9	224,1	3.959,0	3.784,9
	W	4.009,0	370,9	175,8	3.462,3	481,6	179,6	77,9	224,1	3.527,4	3.372,6
	O	436,0	17,7	12,2	406,1	4,4	3,4	1,0	-	431,6	412,3
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.098,3	661,7	286,8	149,8	613,8	347,8	173,6	92,4	484,5	200,2
	W	953,2	586,1	260,9	106,2	550,6	326,4	165,4	58,8	402,6	182,5
	O	145,1	75,6	25,9	43,6	63,2	21,4	8,2	33,6	81,9	17,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	572,9	190,5	144,1	238,3	277,7	84,1	67,2	126,4	295,2	119,0
	W	473,3	151,1	120,8	201,4	258,0	75,1	61,9	121,0	215,3	100,7
	O	99,6	39,4	23,3	36,9	19,7	9,0	5,3	5,4	79,9	18,3
Baugewerbe	G	944,9	779,7	165,2	-	851,7	728,0	123,7	-	93,2	17,4
	W	734,2	594,1	140,1	-	664,1	555,1	109,0	-	70,1	16,7
	O	210,7	185,6	25,1	-	187,6	172,9	14,7	-	23,1	0,7
Handel	G	3.375,8	746,3	2.566,1	63,4	3.265,7	729,4	2.533,2	3,1	110,1	8,7
	W	2.922,4	638,8	2.243,0	40,6	2.844,4	624,6	2.217,3	2,5	78,0	8,7
	O	453,4	107,5	323,1	22,8	421,3	104,8	315,9	0,6	32,1	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.190,9	453,9	192,6	544,4	690,8	311,3	128,1	251,4	500,1	82,0
	W	1.043,0	449,5	190,3	403,2	618,3	307,5	125,9	184,9	424,7	77,6
	O	147,9	4,4	2,3	141,2	72,5	3,8	2,2	66,5	75,4	4,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	582,4	-	-	582,4	173,4	-	-	173,4	409,0	245,6
	W	539,8	-	-	539,8	160,6	-	-	160,6	379,2	227,7
	O	42,6	-	-	42,6	12,8	-	-	12,8	29,8	17,9
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	2.747,5	560,8	331,4	1.855,3	1.035,9	474,2	106,7	455,0	1.711,6	1.222,2
	W	2.146,9	453,6	277,5	1.415,8	837,1	387,0	96,2	353,9	1.309,8	943,3
	O	600,6	107,2	53,9	439,5	198,8	87,2	10,5	101,1	401,8	278,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.289,0	12,2	21,1	2.255,7	676,6	9,1	13,5	654,0	1.612,4	1.510,1
	W	1.813,3	12,1	19,9	1.781,3	491,3	9,1	13,5	468,7	1.322,0	1.227,0
	O	475,7	0,1	1,2	474,4	185,3	-	-	185,3	290,4	283,1
Gesamte Wirtschaft	G	18.729,5	4.311,1	4.045,3	10.373,1	9.185,9	3.136,9	3.319,3	2.729,7	9.543,6	7.439,4
	W	15.835,9	3.631,6	3.538,8	8.665,5	7.912,2	2.696,2	2.948,6	2.267,4	7.923,7	6.293,8
	O	2.893,6	679,5	506,5	1.707,6	1.273,7	440,7	370,7	462,3	1.619,9	1.145,6

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 3) Alle Arbeitnehmer, die seit 2004 von mindestens einem Neuabschluss einer DGB-Gewerkschaft begünstigt wurden.
- 4) Im Vorjahr oder früher vereinbarte (Stufen)-Erhöhung, die 2011 wirksam wurde.

Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2011²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	davon: 2011 in Kraft getr. Tariferhöhg. ⁵	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	67,0	5,7	10,4	5,7	2,2	11,4	79,6	5,8	3,3	78,2
	W	57,2	5,6	8,3	5,5	-	-	65,5	5,5	3,4	65,5
	O	9,8	6,3	2,1	6,5	2,2	11,4	14,1	7,1	3,2	12,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	18,0	3,3	6,2	3,3	112,7	4,1	136,9	4,0	3,2	136,9
	W	18,0	3,3	6,2	3,3	109,4	4,1	133,6	4,0	3,2	133,6
	O	-	-	-	-	3,3	3,6	3,3	3,6	3,6	3,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	185,0	3,8	77,8	3,8	635,0	4,1	897,8	4,0	3,8	806,3
	W	156,6	3,7	67,0	3,7	583,5	4,1	807,1	4,0	3,8	729,4
	O	28,4	4,3	10,8	4,3	51,5	4,1	90,7	4,2	3,9	76,9
Investitionsgütergewerbe	G	183,0	4,7	78,9	3,9	224,1	4,1	486,0	4,3	3,2	486,0
	W	179,6	4,7	77,9	3,9	224,1	4,1	481,6	4,3	3,2	481,6
	O	3,4	3,6	1,0	3,8	-	-	4,4	3,6	3,5	4,4
Verbrauchsgütergewerbe	G	347,8	3,4	173,6	3,2	92,4	3,8	613,8	3,4	3,8	450,0
	W	326,4	3,5	165,4	3,2	58,8	3,6	550,6	3,4	3,9	402,4
	O	21,4	3,1	8,2	2,8	33,6	4,1	63,2	3,6	3,5	47,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	84,1	4,2	67,2	4,1	126,4	4,9	277,7	4,5	3,0	275,8
	W	75,1	3,4	61,9	3,3	121,0	4,9	258,0	4,1	2,9	256,1
	O	9,0	10,9	5,3	14,2	5,4	5,0	19,7	10,2	4,2	19,7
Baugewerbe	G	728,0	5,5	123,7	5,2	-	-	851,7	5,5	3,1	849,6
	W	555,1	5,2	109,0	5,1	-	-	664,1	5,2	3,0	664,1
	O	172,9	6,4	14,7	5,6	-	-	187,6	6,3	3,4	185,5
Handel	G	729,4	5,3	2.533,2	5,2	3,1	3,3	3.265,7	5,3	3,0	3.265,7
	W	624,6	5,3	2.217,3	5,3	2,5	3,3	2.844,4	5,3	3,0	2.844,4
	O	104,8	5,3	315,9	5,2	0,6	3,3	421,3	5,2	3,0	421,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	311,3	4,6	128,1	4,7	216,4	3,7	655,8	4,3	2,5	636,6
	W	307,5	4,6	125,9	4,7	160,9	3,6	594,3	4,3	2,5	575,1
	O	3,8	4,6	2,2	4,6	55,5	4,0	61,5	4,1	2,6	61,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	173,4	5,3	173,4	5,3	3,0	173,4
	W	-	-	-	-	160,6	5,3	160,6	5,3	3,0	160,6
	O	-	-	-	-	12,8	5,3	12,8	5,3	3,0	12,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	473,1	6,3	106,7	2,8	449,0	4,3	1.028,8	5,1	2,6	615,3
	W	385,9	5,2	96,2	2,7	347,9	4,3	830,0	4,5	2,6	491,5
	O	87,2	11,0	10,5	3,7	101,1	4,3	198,8	7,2	2,8	123,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	9,1	0,0	13,5	0,0	654,0	4,2	676,6	4,0	1,5	631,6
	W	9,1	0,0	13,5	0,0	468,7	4,2	491,3	4,0	1,5	453,0
	O	-	-	-	-	185,3	4,2	185,3	4,2	1,5	178,6
Gesamte Wirtschaft	G	3.135,8	5,0	3.319,3	4,9	2.688,7	4,2	9.143,8	4,8	3,0	8.405,4
	W	2.695,1	4,8	2.948,6	4,9	2.237,4	4,2	7.881,1	4,7	3,0	7.257,3
	O	440,7	6,8	370,7	5,2	451,3	4,2	1.262,7	5,4	2,9	1.148,1

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinpassungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Verzögerungen der Tarifabschlüsse sowie Pauschalzahlungen¹ in der Tarifrunde 2011

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		Arbeitnehmer mit Neuabschlüssen									nachrichtlich durchschnittl. Pauschalzahlung pro Monat €
		insgesamt	dar.: AN mitMonaten ohne Tarifierhöhung								
			1	2	3	4	5	6 und mehr	AN insg.	AN mit Pauschalzahlungen	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	79,6	68,0	-	-	-	-	10,2	78,2	8,4	25
	W	65,5	57,1	-	-	-	-	8,4	65,5	8,4	25
	O	14,1	10,9	-	-	-	-	1,8	12,7	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	136,9	-	3,7	24,2	-	-	-	27,9	27,1	196
	W	133,6	-	2,9	24,2	-	-	-	27,1	27,1	196
	O	3,3	-	0,8	-	-	-	-	0,8	-	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	897,8	726,9	22,5	94,3	6,0	7,0	18,6	875,3	216,5	65
	W	807,1	662,9	14,6	81,5	-	7,0	18,6	784,6	186,2	66
	O	90,7	64,0	7,9	12,8	6,0	-	-	90,7	30,3	57
Investitionsgütergewerbe	G	486,0	189,4	33,6	95,0	55,4	-	8,6	382,0	122,4	195
	W	481,6	189,4	33,6	95,0	55,4	-	6,5	379,9	120,3	198
	O	4,4	-	-	-	-	-	2,1	2,1	2,1	19
Verbrauchsgütergewerbe	G	613,8	3,0	77,2	17,1	-	-	427,2	524,5	506,3	46
	W	550,6	3,0	67,7	7,6	-	-	383,0	461,3	456,4	46
	O	63,2	-	9,5	9,5	-	-	44,2	63,2	49,9	44
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	277,7	113,5	74,8	9,7	29,8	2,0	-	229,8	59,9	45
	W	258,0	107,7	72,4	9,7	21,3	-	-	211,1	54,1	45
	O	19,7	5,8	2,4	-	8,5	2,0	-	18,7	5,8	50
Baugewerbe	G	851,7	577,5	134,3	1,0	104,1	-	34,3	851,2	-	-
	W	664,1	558,1	-	1,0	81,1	-	23,4	663,6	-	-
	O	187,6	19,4	134,3	-	23,0	-	10,9	187,6	-	-
Handel	G	3.265,7	981,5	2.014,9	221,6	40,1	-	3,1	3.261,2	42,3	59
	W	2.844,4	866,4	1.746,2	221,6	3,2	-	2,5	2.839,9	4,8	34
	O	421,3	115,1	268,7	-	36,9	-	0,6	421,3	37,5	62
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	690,8	-	63,9	123,1	253,3	-	164,2	604,5	267,3	52
	W	618,3	-	63,9	100,4	252,9	-	125,8	543,0	233,8	49
	O	72,5	-	-	22,7	0,4	-	38,4	61,5	33,5	71
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	173,4	-	-	-	-	173,4	-	173,4	173,4	80
	W	160,6	-	-	-	-	160,6	-	160,6	160,6	80
	O	12,8	-	-	-	-	12,8	-	12,8	12,8	80
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	1.035,9	22,8	51,5	99,0	37,6	8,4	207,9	427,2	119,9	39
	W	837,1	22,8	42,1	94,0	7,0	7,2	163,6	336,7	91,8	38
	O	198,8	-	9,4	5,0	30,6	1,2	44,3	90,5	28,1	44
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	676,6	-	-	630,4	-	-	45,0	675,4	675,4	114
	W	491,3	-	-	451,8	-	-	38,3	490,1	490,1	113
	O	185,3	-	-	178,6	-	-	6,7	185,3	185,3	117
Gesamte Wirtschaft	G	9.185,9	2.682,6	2.476,4	1.315,4	526,3	190,8	919,1	8.110,6	2.218,9	82
	W	7.912,2	2.467,4	2.043,4	1.086,8	420,9	174,8	770,1	6.963,4	1.833,6	81
	O	1.273,7	215,2	433,0	228,6	105,4	16,0	149,0	1.147,2	385,3	86
Anteile in %	G	100,0	29,2	27,0	14,3	5,7	2,1	10,0	88,3	24,2	
	W	100,0	31,2	25,8	13,7	5,3	2,2	9,7	88,0	23,2	
	O	100,0	16,9	34,0	17,9	8,3	1,3	11,7	90,1	30,3	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Ausgleich der eingetretenen Verzögerungen der Tarifabschlüsse durch tariflich vereinbarte Pauschalbeträge.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Vereinbarte Laufdauer¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2011

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³	AN mit Neuabschlüssen insgesamt	darunter entfallen auf Tarifverträge mit einer Laufdauer von.....Monaten														durchschnittl. Laufdauer	
		bis einschl. 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24 und mehr		
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	79,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	79,6	27,0
	W	65,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	65,5	26,6
	O	14,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,1	28,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	136,9	-	-	42,0	9,8	-	5,4	-	-	24,0	-	23,8	-	4,8	27,1	18,2
	W	133,6	-	-	42,0	9,0	-	2,9	-	-	24,0	-	23,8	-	4,8	27,1	18,2
	O	3,3	-	-	-	0,8	-	2,5	-	-	-	-	-	-	-	-	15,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	897,8	5,0	89,6	10,1	19,2	523,6	101,9	-	50,0	41,5	-	-	-	-	56,9	15,9
	W	807,1	-	83,6	4,1	17,3	487,3	85,7	-	43,5	34,2	-	-	-	-	51,4	15,9
	O	90,7	5,0	6,0	6,0	1,9	36,3	16,2	-	6,5	7,3	-	-	-	-	5,5	15,7
Investitionsgütergewerbe	G	486,0	-	6,1	128,9	8,3	42,8	95,0	-	-	9,1	-	-	1,6	65,2	129,0	18,9
	W	481,6	-	6,1	126,8	8,3	42,8	95,0	-	-	8,9	-	-	1,6	65,2	126,9	18,9
	O	4,4	-	-	2,1	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	2,1	20,4
Verbrauchsgütergewerbe	G	613,8	-	-	33,5	119,8	-	1,9	5,7	7,6	-	266,3	7,5	1,0	-	170,5	21,8
	W	550,6	-	-	33,5	119,8	-	1,9	-	7,6	-	237,7	3,7	1,0	-	145,4	21,6
	O	63,2	-	-	-	-	-	-	5,7	-	-	28,6	3,8	-	-	25,1	23,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	277,7	-	122,8	5,1	-	-	-	17,2	-	-	2,6	-	2,6	-	127,4	18,5
	W	258,0	-	116,0	5,1	-	-	-	17,2	-	-	2,6	-	2,6	-	114,5	18,2
	O	19,7	-	6,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,9	22,1
Baugewerbe	G	851,7	-	61,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	789,9	26,4
	W	664,1	-	46,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	617,3	26,1
	O	187,6	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	172,6	27,3
Handel	G	3.265,7	-	-	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	456,1	3,2	2.804,1	23,7
	W	2.844,4	-	-	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	404,9	3,2	2.434,0	23,7
	O	421,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	51,2	-	370,1	23,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	690,8	-	16,0	51,2	-	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	615,8	25,5
	W	618,3	-	16,0	34,1	-	7,8	-	-	-	-	-	-	-	-	560,4	25,6
	O	72,5	-	-	17,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	55,4	24,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	173,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	173,4	24,0
	W	160,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	160,6	24,0
	O	12,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,8	24,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	1.035,9	-	93,5	7,9	-	60,1	-	-	24,8	12,0	76,0	-	368,1	-	392,4	23,9
	W	837,1	-	78,8	7,9	-	58,6	-	-	24,8	12,0	53,0	-	297,9	-	303,0	23,7
	O	198,8	-	14,7	-	-	1,5	-	-	-	-	23,0	-	70,2	-	89,4	24,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	676,6	-	-	-	-	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	675,4	24,3
	W	491,3	-	-	-	-	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	490,1	24,3
	O	185,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	185,3	24,4
Gesamte Wirtschaft	G	9.185,9	5,0	389,8	281,0	157,1	635,5	204,2	22,9	82,4	86,6	344,9	31,3	829,4	73,2	6.041,5	22,8
	W	7.912,2	-	347,3	255,8	154,4	597,7	185,5	17,2	75,9	79,1	293,3	27,5	708,0	73,2	5.096,2	22,6
	O	1.273,7	5,0	42,5	25,2	2,7	37,8	18,7	5,7	6,5	7,5	51,6	3,8	121,4	-	945,3	23,9
Anteile in %	G		0,1	4,2	3,1	1,7	6,9	2,2	0,2	0,9	0,9	3,8	0,3	9,0	0,8	65,8	
	W		-	4,4	3,2	2,0	7,6	2,3	0,2	1,0	1,0	3,7	0,3	8,9	0,9	64,4	
	O		0,4	3,3	2,0	0,2	3,0	1,5	0,4	0,5	0,6	4,1	0,3	9,5	-	74,2	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschl. sog. „Nullmonate“ und durch Pauschalzahlungen abgegoltener „Verzögerungsmonate“ der Tarifierhöhung.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2011¹ (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	219,7	1,6	35,7	1,9	18,4	1,7	273,8	1,6
	W	139,5	1,5	17,6	1,8	17,6	1,7	174,7	1,6
	O	80,2	1,7	18,1	1,9	0,8	2,0	99,1	1,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	25,2	4,1	8,0	4,1	134,7	1,6	167,9	2,1
	W	23,0	4,3	7,3	4,3	111,4	1,9	141,7	2,4
	O	2,2	2,0	0,7	2,3	23,3	-0,2	26,2	0,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	202,0	2,5	83,5	2,6	635,0	2,0	920,5	2,2
	W	171,4	2,4	71,9	2,5	583,5	2,1	826,8	2,2
	O	30,6	3,0	11,6	2,8	51,5	1,9	93,7	2,4
Investitionsgütergewerbe	G	307,6	2,3	142,0	2,0	3.741,2	1,7	4.190,8	1,8
	W	290,9	2,4	130,4	2,1	3.352,8	1,7	3.774,1	1,8
	O	16,7	1,5	11,6	0,7	388,4	1,6	416,7	1,6
Verbrauchsgütergewerbe	G	475,8	2,0	226,2	1,8	145,1	2,0	847,1	2,0
	W	423,4	2,0	209,0	1,8	101,5	2,1	733,9	2,0
	O	52,4	2,0	17,2	1,8	43,6	2,0	113,2	2,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	102,2	2,4	82,0	2,3	212,5	2,3	396,7	2,3
	W	93,2	2,3	76,7	2,2	188,8	2,2	358,7	2,2
	O	9,0	3,4	5,3	3,7	23,7	2,6	38,0	3,0
Baugewerbe	G	743,1	2,3	126,0	2,6	-	-	869,1	2,3
	W	569,5	2,2	111,3	2,6	-	-	680,8	2,3
	O	173,6	2,3	14,7	2,6	-	-	188,3	2,3
Handel	G	729,4	2,0	2.533,2	2,0	11,8	2,3	3.274,4	2,0
	W	624,6	2,0	2.217,3	2,0	11,2	2,3	2.853,1	2,0
	O	104,8	1,9	315,9	1,9	0,6	1,7	421,3	1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	419,4	2,2	182,9	2,1	389,9	0,7	992,2	1,6
	W	415,6	2,2	180,7	2,1	295,8	0,6	892,1	1,6
	O	3,8	2,1	2,2	2,1	94,1	0,8	100,1	0,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	419,0	1,1	419,0	1,1
	W	-	-	-	-	388,3	1,1	388,3	1,1
	O	-	-	-	-	30,7	1,1	30,7	1,1
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	512,1	2,1	167,5	1,9	1.547,8	3,2	2.227,4	2,8
	W	417,1	1,9	141,5	1,8	1.198,1	3,0	1.756,7	2,6
	O	95,0	2,9	26,0	2,8	349,7	3,9	470,7	3,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	12,2	1,4	21,1	1,2	2.153,4	1,8	2.186,7	1,8
	W	12,1	1,4	19,9	1,2	1.686,3	1,8	1.718,3	1,8
	O	0,1	2,2	1,2	1,8	467,1	1,9	468,4	1,9
Gesamte Wirtschaft	G	3.748,7	2,1	3.608,1	2,0	9.408,8	1,9	16.765,6	2,0
	W	3.180,3	2,1	3.183,6	2,0	7.935,3	1,9	14.299,2	2,0
	O	568,4	2,2	424,5	2,0	1.473,5	2,2	2.466,4	2,2

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2011 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2010 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tabelle 6:

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergü- tungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.437	1.996	72,0
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.554 ³	2.908	87,8
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L	2.023	2.023	100,0
	G	2.261	2.261	100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	2.749	2.919	94,2
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	3.618	3.618	100,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	E	2.307	2.516	91,7
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	1.926	2.185	88,1
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	2.018	L: 2.268 G: 2.722	89,0 74,1
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L	2.171	2.180	99,6
	G	2.519	2.519	100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L	2.458	2.458	100,0
	G	2.597	2.597	100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	1.963	L: 2.016 G: 2.747	97,4 71,5
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.367	2.494	94,9
Bauhauptgewerbe Ost (ohne Berlin-Ost)/ West (ohne Berlin-West)	L	2.383	2.648	90,0
	G	1.933	2.144	90,2
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L	2.260	2.356	95,9
	G	2.112	2.302	91,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L	2.166	2.166	100,0
	G	2.171	2.171	100,0
Deutsche Bahn AG Konzern Ost/West ⁴	E	2.054	2.054	100,0
Deutsche Post AG	E	2.338	2.338	100,0
Deutsche Telekom AG	E	2.809	2.809	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.882 G: 2.308	61,2 49,9
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.738	2.738	100,0
Versicherungsgewerbe Ost/West	E	2.640	2.640	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ⁵	1.418	1.861	76,2
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West inkl. Berlin Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L	1.662	2.120	78,4
	G	2.141	2.141	100,0
Öffentlicher Dienst Ost/West Bund, Gemeinden Länder	E	2.424	2.424	100,0
	E	2.423	2.423	100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Neues Entgeltsystem ab 01.01.11. Besitzstandssicherung ist vereinbart.
- 4) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne Lokomotivführer.
- 5) Eingangsstufe.

**Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur¹
in ausgewählten Tarifbereichen West**

Tarifbereich	Vergütungsart ²	unterste Gruppe		mittlere ³ Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft Bayern	L G ⁴	1.397 -	1.397 -	1.996 -	1.996 -	2.295 -	2.295 -	164,3 -
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	1.481	1.803	2.388	2.908	4.561	5.553	374,9
Steinkohlenbergbau Ruhr	L G	1.489 1.255	1.489 1.617	1.870 1.656	1.870 2.301	2.737 2.967	2.737 3.585	183,8 285,7
Eisen- und Stahlindustrie NRW	L G	1.651 1.473	1.651 1.801	2.023 1.844	2.023 2.261	2.487 3.778	2.487 4.345	150,6 295,0
Chemische Industrie Nordrhein	E	2.187	2.187	2.561	2.971	5.124	5.124	234,3
Shell Deutschland Oil GmbH	E ⁵	2.449	2.449	3.618	3.618	5.382	5.382	219,8
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden	E	1.924	1.924	2.600	2.600	4.849	4.849	252,0
Kfz-Gewerbe NRW ⁶	E	1.724	1.724	1.955	1.955	3.594	3.594	208,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westfalen-Lippe	L G	2.006 1.975	2.006 1.975	2.333 2.760	2.333 2.760	2.333 4.450	2.333 4.450	116,3 225,3
Papier verarbeitende Industrie Westfalen	L G	1.636 1.652	1.636 2.068	2.005 1.981	2.180 2.710	2.616 3.935	2.616 3.935	159,9 238,2
Druckindustrie Arb.: Bundesgebiet West Ang.: NRW	L G	1.819 ⁷ 1.568	1.967 2.155	2.336 1.795	2.458 2.458	2.950 4.605	2.950 4.605	162,2 293,7
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	L G	1.818 1.807	1.839 1.807	1.981 2.237	2.016 2.747	2.096 4.347	2.131 4.347	117,2 240,6
Bekleidungsindustrie Bayern	L G	1.425 ⁸ 1.635	1.677 2.301	2.008 1.733	2.008 2.675	2.421 2.723	2.421 3.925	169,9 240,1
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	E	1.679	1.679	2.297	2.494	4.286	4.286	255,3
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-West)	L ⁹ G ⁹	1.905 ¹⁰ 1.859	1.905 ¹⁰ 1.859	2.648 2.144	2.648 2.144	3.320 5.247	3.320 5.247	174,3 282,2
Großhandel NRW	L G	1.622 1.532	1.622 1.999	2.356 1.862	2.356 2.302	2.566 3.596	2.566 4.132	158,2 269,7
Einzelhandel NRW	L G	1.759 1.386	2.140 1.549	1.964 1.730	2.539 2.204	2.357 2.702	3.047 4.201	173,2 303,1
Deutsche Bahn AG Konzern ¹¹	E ¹² E ¹³	1.607 2.097	1.692 2.589	1.884 -	2.054 -	4.311 2.839	5.109 3.328	317,9 158,7
Deutsche Post AG	E	1.580	1.864	1.864	2.338	3.551	4.426	280,1
Deutsche Telekom AG	E	2.018	2.493	2.362	2.809	4.989	6.162	305,4
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	L G	1.697 1.462	1.697 1.767	1.814 ¹⁴ 1.662	1.814 ¹⁴ 2.191	1.876 ¹⁴ 2.748	1.876 ¹⁴ 3.354	110,5 229,4
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.929	2.277	2.189	2.738	3.788	4.261	220,9
Versicherungsgewerbe	E	1.484	1.538	2.309	2.640	3.596	4.335	292,1
Hotel- und Gaststättengewerbe ¹⁵ Bayern	E	1.380	1.499	1.861	1.861	2.836	2.836	205,5
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Bundesgebiet West / Ang.: Berlin	L G	1.444 ¹⁰ 1.338	1.444 ¹⁰ 1.604	2.120 1.876	2.120 2.141	2.442 2.308	2.442 2.810	169,1 210,0
Öffentlicher Dienst Bund	E	1.449	1.616	1.885	2.424	3.724	5.238	361,5
Länder (ohne Hessen und Berlin)	E	1.444	1.613	1.883	2.423	3.729	5.248	363,4
Gemeinden	E	1.449	1.616	1.885	2.424	3.724	5.509	380,2

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten Tabelle 7a:

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
- 3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
- 4) Neue Gehaltsordnung ab Meister und höherwertige Tätigkeiten.
- 5) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
- 6) Gültig ab 01.01.12. Aktuelle Angaben aufgrund der zzt. gültigen, betrieblich unterschiedlichen Vergütungstabellen nicht möglich. Harmonisierung der Tabellen bis 01.01.12.
- 7) Eingangsstufe (Einarbeitungslohn 6 Monate).
- 8) Berücksichtigt wurde der Abschlag für Anzulernende (85 % für die ersten 6 Wochen).
- 9) Lohn: ohne Hamburg; Gehalt Bayern: zzgl. evtl. Ausgleichsbeträge als Besitzstand.
- 10) Mindestlohn LGr. 1.
- 11) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
- 12) Ohne Lokomotivführer.
- 13) Lokomotivführer.
- 14) Kraftfahrer auf Basis einer 39-Stunden-Woche.
- 15) Festbesoldetes Personal.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur¹ in ausgewählten Tarifbereichen Ost

Tarifbereich	Vergütungsart ²	unterste Gruppe		mittlere ³ Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	L G	1.268 4	1.268 4	1.437 1.337	1.437 1.337	1.914 3.372	1.914 3.372	150,9 -
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)⁵	E	1.596	1.788	2.280	2.554	4.104	4.596	288,0
Eisen- und Stahlindustrie	L G	1.651 1.473	1.651 1.801	2.023 1.844	2.023 2.261	2.487 3.778	2.487 4.345	150,6 295,0
Chemische Industrie	E	2.148	2.148	2.492	2.749	4.726	4.726	220,0
Shell Deutschland Oil GmbH	E ⁶	2.449	2.449	3.618	3.618	5.382	5.382	219,8
Metall- und Elektroindustrie Sachsen	E	1.938	1.961	2.307	2.422	4.268	4.499	232,1
Kfz-Gewerbe Thüringen	E	1.622	1.622	1.926	1.926	3.041	3.041	187,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	E	1.715	1.715	2.018	2.018	3.633	3.633	211,8
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	L G	1.629 1.385	1.629 1.937	1.997 1.868	2.171 2.519	2.605 3.839	2.605 3.839	159,9 277,2
Druckindustrie Ang.: ohne Berlin u. Brandenburg	L G	1.819 1.545	1.967 2.104	2.336 1.818	2.458 2.597	2.950 4.605	2.950 4.605	162,2 298,1
Textilindustrie	E ⁶	1.393	1.482	1.845	1.963	3.110	3.309	237,5
Süßwarenindustrie	E	1.634	1.634	2.153	2.367	4.350	4.350	266,2
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin Ost)	L G	1.689 ⁷ 1.673	1.689 ⁷ 1.673	2.383 1.933	2.383 1.933	2.989 4.723	2.989 4.723	177,0 282,3
Großhandel Sachsen-Anhalt	L G	1.657 1.348	1.657 1.591	2.260 1.657	2.260 2.112	2.424 3.026	2.424 3.436	146,3 254,9
Einzelhandel Brandenburg	L G	1.723 1.490	1.723 1.863	2.166 1.819	2.166 2.171	2.610 2.622	2.610 4.051	151,5 271,9
Deutsche Bahn AG Konzern⁸	E ⁹ E ¹⁰	1.607 2.097	1.692 2.589	1.884 -	2.054 -	4.311 2.839	5.109 3.328	317,9 158,7
Deutsche Post AG	E	1.580	1.864	1.864	2.338	3.551	4.426	280,1
Deutsche Telekom AG	E	2.018	2.493	2.362	2.809	4.989	6.162	305,4
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen	E ¹¹	886	886	1.062	1.152	1.062	1.152	130,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.929	2.277	2.189	2.738	3.788	4.261	220,9
Versicherungsgewerbe	E	1.484	1.538	2.309	2.640	3.596	4.335	292,1
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	E	1.195	1.195	1.418	1.477	1.878	1.878	157,2
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost (o. Berlin-Ost) Ang.: Berlin	L G	1.182 ⁷ 1.338	1.182 ⁷ 1.604	1.662 1.876	1.662 2.141	1.910 2.308	1.910 2.810	161,6 210,0
Öffentlicher Dienst Bund Länder (ohne Berlin) Gemeinden	E E E	1.449 1.444 1.449	1.616 1.613 1.616	1.885 1.883 1.885	2.424 2.423 2.424	3.724 3.729 3.724	5.238 5.248 5.509	361,5 363,4 380,2

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
- 3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
- 4) Nach individueller Vereinbarung.
- 5) Neues Entgeltsystem ab 01.01.11. Besitzstandssicherung ist vereinbart
- 6) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
- 7) Mindestlohn LGr. 1.
- 8) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
- 9) Ohne Lokomotivführer.
- 10) Lokomotivführer.
- 11) Fahrendes Personal.

Tabelle 8:

Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden¹ in ausgewählten Tarifbereichen West/Ost

Tarfbereich	1. Ausbildungs- jahr	2. Ausbildungs- jahr	3. Ausbildungs- jahr	4. Ausbildungs- jahr	Erhöhung ge- genüber Dezem- ber 2010 im 3. Ausbildungsjahr %
	€	€	€	€	
Landwirtschaft ² Bayern	500/550	560/610	620/670	-	0,0
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	475	515	585	-	0,0
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	675	779	883	986	3,4
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU) Ost	597	690	787	886	3,0
Steinkohlenbergbau Ruhr ³	557	618	679	740	3,0
Eisen- und Stahlindustrie NRW ⁴ , Ost	775	795	835	885	4,1
Chemische Industrie Nordrhein	774	853	934	1.003	3,9
Chemische Industrie Ost	766	810	855	902	4,3
Shell Deutschland Oil GmbH	871	948	1.040	1.131	3,4
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden ⁵	832	884	962	1.014	2,7
Metall- und Elektroindustrie Sachsen ⁶	807	854	900	946	2,7
Kfz-Gewerbe NRW ²	490/539	516/568	566/623	621/683	2,2/2,3
Kfz-Gewerbe Thüringen	440	495	560	610	0,0
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westf.-Lippe	708	762	832	-	8,1
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	606	648	690	732	12,4
Papier verarbeitende Industrie	742	809	876	942	1,5
Druckindustrie	835	886	937	988	0,0
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	706	774	854	921	3,6
Textilindustrie Ost	600	650	700	750	8,0
Bekleidungsindustrie Bayern	629	684 (696)	772 (797)	-	3,6 (3,6)
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	680	763	865	940	3,0
Süßwarenindustrie Ost	593	688	781	852	1,9
Bauhauptgewerbe ⁷ (West ohne Berlin-West)	632 (627)	971 (864)	1.227 (1.128)	1.379 (-)	3,0 (3,0)
Bauhauptgewerbe (Ost ohne Berlin-Ost)	548 (542)	752 (670)	950 (876)	1.069 (-)	3,4 (3,4)
Großhandel NRW	711	785	853	-	3,0
Großhandel Sachsen-Anhalt	632	700	742	-	3,0
Einzelhandel NRW	664	739	845	900	3,0
Einzelhandel Brandenburg	589	664	761	-	3,0
Deutsche Bahn AG Konzern ⁸	697	754	810	867	1,8
Deutsche Post AG	667	742	817	-	0,0
Deutsche Telekom AG ⁹	786	838	886	953	4,7
¹⁰	740/700	790/750	840/800	890/850	5,0/5,3
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	575	665	745	-	3,5
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen ¹¹	332	387	442	-	0,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	781	843	905	-	1,6
Versicherungsgewerbe	803	878	952	-	2,7
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern ²	521/597	683	770	-	2,5
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	460	540	610	-	2,5
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: West kaufm.: Berlin-West	555 (502)	670 (601)	790 (704)	-	2,6 (0,0)
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: Ost (o. Berlin- Ost) kaufm.: Berlin-Ost	410 (502)	495 (601)	585 (704)	-	3,5 (0,0)
Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	703	753	799	863	1,1
Öffentlicher Dienst Länder	714	766	813	879	1,5

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten zu Tabelle 8

- 1) Beträge auf volle € gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.
- 2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.
- 3) Für die Dauer der Untertageausbildung + 100 € mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 36 € mtl.
- 4) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 20,45 € mtl.
- 5) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 23,01 € mtl.
- 6) Auszubildende in Gießereien in den Berufen als Former erhalten einen Zuschlag von 30,68 € mtl.
- 7) Für Hamburg Sonderregelung.
- 8) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
- 9) Für bis zum 28.02.07 eingestellte Ausz.
- 10) Für ab dem 01.03.07 eingestellte Ausz. im Cluster 1 (u. a. Fachinformatiker, IT-Systemkaufleute, Industriekaufleute) / Cluster 2 (u. a. Kaufleute im Einzelhandel, Werbekaufleute, Rechtsanwalt-Fachangestellte).
- 11) Eigene Berechnung.

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit^{1, 2}- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten³ - Anteile in % -

Wirtschaftsbereich ⁴	erfasste AN insgesamt	Beschäftigte nach der vereinbarten tarifl. Wochenarbeitszeit in % ⁵											Durchschnittl. vereinb. tarifl. WAZ
		bis zu 35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 u. mehr		
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,0	-	-	-	-	-	-	2,5	38,9	1,5	57,1	39,6
	W	182,8	-	-	-	-	-	-	3,9	55,8	2,4	37,9	39,4
	O	109,2	-	-	-	-	-	-	-	10,7	-	89,3	39,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	193,1	-	-	20,7	0,6	55,6	-	-	-	-	23,0	38,3
	W	146,2	-	-	27,4	0,8	55,3	-	-	-	-	16,6	38,1
	O	46,9	-	-	-	-	56,7	-	-	-	-	43,3	38,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	991,8	14,9	-	-	0,8	55,1	16,7	-	3,1	-	9,4	37,5
	W	873,8	15,0	-	-	-	62,5	18,0	-	2,7	-	1,8	37,3
	O	118,0	13,7	-	-	7,0	-	7,1	-	6,2	-	65,9	38,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.791,9	64,6	9,2	1,5	10,9	1,6	9,3	1,5	0,4	-	1,0	35,7
	W	4.253,3	72,8	10,0	1,7	10,5	1,3	1,9	1,7	-	-	0,2	35,4
	O	538,6	-	2,9	-	14,5	3,7	67,4	-	3,7	-	7,9	38,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.098,3	34,7	0,5	-	21,4	4,3	22,9	5,9	2,7	0,1	7,4	37,0
	W	953,2	40,0	0,6	-	24,0	5,0	20,7	6,2	2,6	0,1	0,9	36,6
	O	145,1	-	-	-	4,5	-	37,4	4,1	3,5	-	50,5	39,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	572,6	-	4,0	-	8,0	5,5	40,9	7,0	14,2	-	20,4	38,4
	W	471,0	-	4,9	-	9,5	6,5	48,2	8,0	14,3	-	8,6	38,1
	O	101,6	-	-	-	1,0	0,9	6,8	2,8	13,5	-	75,1	39,6
Baugewerbe	G	941,4	-	-	-	-	-	0,5	0,8	17,5	0,5	80,8	39,8
	W	731,5	-	-	-	-	-	0,6	1,0	16,3	0,5	81,7	39,8
	O	209,9	-	-	-	-	-	-	-	21,5	0,5	78,0	39,8
Handel	G	3.409,7	-	-	-	1,7	50,1	8,7	33,3	5,9	-	0,3	38,0
	W	2.942,7	-	-	-	2,0	58,1	0,4	38,2	1,3	-	0,0	37,9
	O	467,0	-	-	-	-	-	60,9	1,9	35,0	-	2,2	38,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.303,7	0,9	-	-	-	1,6	16,9	30,3	30,9	-	17,3	38,8
	W	1.077,1	0,8	-	-	-	1,8	19,1	32,2	34,3	-	9,4	38,7
	O	226,6	1,8	-	-	-	0,3	6,6	21,3	15,0	-	54,6	39,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	582,4	-	-	-	-	-	29,8	-	70,2	-	-	38,7
	W	539,8	-	-	-	-	-	29,8	-	70,2	-	-	38,7
	O	42,6	-	-	-	-	-	30,0	-	70,0	-	-	38,7
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.325,6	20,6	0,6	0,2	4,9	0,3	7,3	19,9	32,6	1,7	9,9	38,0
	W	2.603,5	18,3	0,7	0,2	4,1	0,3	7,6	22,8	37,8	1,3	4,8	38,0
	O	722,1	28,8	0,1	0,2	7,9	-	6,1	9,7	13,9	3,2	28,4	38,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.293,4	-	0,5	-	-	-	0,3	4,8	61,0	4,0	29,3	39,3
	W	1.813,3	-	0,6	-	-	-	0,3	5,4	73,1	5,0	15,5	39,1
	O	480,1	-	0,2	-	-	-	0,2	2,7	15,2	0,4	81,3	39,8
Gesamte Wirtschaft	G	19.795,9	21,8	2,5	0,4	5,4	12,3	10,8	12,6	19,9	0,8	12,9	37,7
	W	16.588,2	24,7	2,9	0,5	5,6	14,6	8,0	14,1	20,7	0,8	7,7	37,5
	O	3.207,7	7,1	0,5	0,1	4,7	0,7	25,4	4,7	15,7	0,8	39,9	38,8

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.2011 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen).
- Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
- Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Die Differenz zwischen Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken erklärt sich zum einen daraus, dass die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, dass den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.
- Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe addieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder mit Sonderregelung.

Tariflicher Urlaubsanspruch¹- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		erfasste AN insgesamt	AN mit Endurlaub > 30 AT		durchschnittl. Grundurlaub	durchschnittl. Endurlaub	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch
			Anzahl in 1.000	%	in AT	in AT	in AT
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,0	-	-	24,3	27,7	26,0
	W	182,8	-	-	25,3	28,0	26,7
	O	109,2	-	-	22,4	27,2	24,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	193,1	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	146,2	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	46,9	-	-	29,8	29,8	29,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	991,8	-	-	29,8	29,9	29,8
	W	873,8	-	-	29,9	30,0	30,0
	O	118,0	-	-	28,4	29,4	28,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.791,9	1.064,8	22,2	29,9	30,2	30,1
	W	4.253,3	1.064,8	25,0	30,0	30,2	30,1
	O	538,6	-	-	29,7	29,8	29,7
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.098,3	122,2	11,1	29,4	30,0	29,7
	W	953,2	122,2	12,8	29,6	30,2	29,9
	O	145,1	-	-	28,4	29,1	28,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	572,6	75,1	13,1	26,8	29,6	28,2
	W	471,0	73,8	15,7	27,3	30,3	28,8
	O	101,6	1,3	1,3	24,1	26,7	25,4
Baugewerbe	G	941,4	-	-	29,1	30,0	29,5
	W	731,5	-	-	29,0	30,0	29,5
	O	209,9	-	-	29,1	30,0	29,5
Handel	G	3.409,7	283,1	8,3	27,4	30,1	28,7
	W	2.942,7	283,1	9,6	27,6	30,1	28,8
	O	467,0	-	-	26,3	30,0	28,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.303,7	90,0	6,9	26,4	29,6	28,0
	W	1.077,1	89,9	8,3	26,6	29,8	28,2
	O	226,6	0,1	0,0	25,5	28,9	27,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	582,4	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	539,8	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	42,6	-	-	30,0	30,0	30,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.325,6	177,7	5,3	25,2	29,9	27,6
	W	2.603,5	161,6	6,2	25,5	30,0	27,7
	O	722,1	16,1	2,2	24,2	29,6	26,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.293,4	52,7	2,3	26,1	30,0	28,1
	W	1.813,3	38,7	2,1	26,1	30,0	28,1
	O	480,1	14,0	2,9	26,1	30,0	28,1
Gesamte Wirtschaft	G	19.795,9	1.865,6	9,4	27,8	30,0	28,9
	W	16.588,2	1.834,1	11,1	28,0	30,1	29,0
	O	3.207,7	31,5	1,0	26,6	29,5	28,1

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Tarifliche Sonderregelungen zum Urlaub, wie z. B. die Freie-Tage-Regelung in der Seeschifffahrt, bleiben bei der Berechnung des Grund- und Endurlaubs unberücksichtigt.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit¹- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		erfasste AN insgesamt	Tarifliche WAZ in Stunden in Kraft zum 31.12.11	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch in AT	Arbeitstage pro Jahr ⁴	Tarifliche Jahres-AZ in Stunden ⁵
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,0	39,6	26,0	222,8	1.763,9
	W	182,8	39,4	26,7	222,2	1.749,9
	O	109,2	39,9	24,8	223,8	1.787,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	193,1	38,3	30,0	215,7	1.649,6
	W	146,2	38,1	30,0	214,9	1.634,5
	O	46,9	38,9	29,8	218,3	1.696,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	991,8	37,5	29,8	219,3	1.644,3
	W	873,8	37,3	30,0	219,1	1.634,8
	O	118,0	38,9	28,9	220,4	1.715,0
Investitionsgütergewerbe	G	4.791,9	35,7	30,1	219,1	1.562,7
	W	4.253,3	35,4	30,1	219,0	1.549,6
	O	538,6	38,0	29,7	219,4	1.666,5
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.098,3	37,0	29,7	219,3	1.621,8
	W	953,2	36,6	29,9	219,2	1.604,4
	O	145,1	39,4	28,8	220,4	1.736,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	572,6	38,4	28,2	221,0	1.697,5
	W	471,0	38,1	28,8	220,3	1.680,4
	O	101,6	39,6	25,4	224,1	1.776,9
Baugewerbe	G	941,4	39,8	29,5	220,1	1.752,2
	W	731,5	39,8	29,5	220,1	1.752,2
	O	209,9	39,8	29,5	220,2	1.752,1
Handel	G	3.409,7	38,0	28,7	221,2	1.679,5
	W	2.942,7	37,9	28,8	221,1	1.675,7
	O	467,0	38,4	28,1	221,8	1.703,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.303,7	38,8	28,0	221,1	1.714,2
	W	1.077,1	38,7	28,2	220,9	1.707,8
	O	226,6	39,3	27,2	221,9	1.743,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	582,4	38,7	30,0	218,0	1.687,4
	W	539,8	38,7	30,0	218,0	1.687,4
	O	42,6	38,7	30,0	218,0	1.687,3
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.325,6	38,0	27,6	221,6	1.683,1
	W	2.603,5	38,0	27,7	221,4	1.681,8
	O	722,1	38,0	26,9	222,2	1.687,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.293,4	39,3	28,1	219,9	1.726,1
	W	1.813,3	39,1	28,1	219,8	1.719,8
	O	480,1	39,8	28,1	219,9	1.750,0
Gesamte Wirtschaft	G	19.795,9	37,7	28,9	220,2	1.659,5
	W	16.588,2	37,5	29,0	220,0	1.649,0
	O	3.207,7	38,8	28,1	221,0	1.713,6

- 1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Berechnungsbasis sind einheitlich 250 potentielle Arbeitstage pro Jahr minus durchschnittlichem Urlaubsanspruch und sonstigen arbeitsfreien Tagen pro Jahr.
- 5) Tarifliche Jahresarbeitszeit ist

$$= \frac{\text{Anzahl tariflicher AT pro Jahr}}{5} \times \text{tarifliche Wochenarbeitszeit.}$$

5

Tarifliche Regelungen und Leistungen¹ in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen- arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens- wirksame Leistung in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/ Bayern	40	40	20-30	Arb.: 23-26 Ang: 25-30	5,15 €/UT	7,50 €/UT	256 €	Arb.: 250 € sowie 7,70 € pro Besch.-jahr	-	-
Energie- und Versorgungs- wirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	38	38	30	30	-	-	100	50-100 ²	-	-
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	35	35	30	30	-	-	110	110	26,59	26,59
Chemische Industrie	40	37,5	30	30	20,45 €/UT	20,45 €/UT	65	95	13,29	39,88
Shell Deutschland Oil GmbH	37,5	37,5	30	30	1.050 €	1.050 €	122,5	122,5	³	³
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	38	35	30	30	50 % UE	50 % UE	20-50	25-55	-	-
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	37,5	36	28	30	50 % UE	50 % UE	20-50	20-50	-	26,59
Holz u. Kunststoff verarb. Ind. Sachsen/Bayern	38	35	28	30	50 % UE	51 % UE	60	42-62	19,94	26,59
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	37	35	30	30	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	95	95	26,59	26,59
Druckindustrie	38	35	30	30	50 % des Tagesv./UT	50 % des Tagesv./UT	95	95	26,59	26,59
Textilindustrie Ost/Westfalen u. Osnabrück	40	37	30	30	322 €	648 €	60	100	-	20
Süßwarenindustrie	39	38	26-29	30	9,20 €/UT	13,80 €/UT	100	100	-	26,59 (B.-Württ.)
Bauhauptgewerbe	40	40	30	30	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	-	Arb.: 93 GTL Ang.: 55	-	Arb.: 0,13 €/ Std. ⁴ Ang.: 23,52 € ⁵
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	39	38,5	30	30	332,34/ 409,03 €	643,55 €	255,65 €	433,92 €	13,29	26,59
Einzelhandel Ost/Berlin-West	38 ⁶	37	25-30	25-30	45 % ⁷ ME ⁸	50 % ME ⁸	50 ⁹	62,5	13,29	13,29
Deutsche Bahn AG Konzern ¹⁰	39	39	25-29	25-29	416,39 €	416,39 €	100	100	13,29	13,29
Deutsche Post AG	38,5	38,5	26-30	26-30	332,34 €	332,34 €	100 ¹¹	100 ¹¹	6,65	6,65
Deutsche Telekom AG	34	34	30	30	-	-	variabel ¹²	variabel ¹²	6,65	6,65
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	40	38,5	24-30 ¹³	27-30 ¹⁴	-	17 €/UT	400 €	184 - 731 € (W-Geld)	13,29	13,29- 39,88
Bankgewerbe	39	39	30	30	-	-	100	100	40	40
Versicherungsgewerbe	38	38	30	30	50 %	50 %	80	80	40	40
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	40	39	23-30	25-30	4,98 - 6,32 €/UT	200/ 240 €	498,51 €	50	-	19,94

Fortsetzung Tabelle 12:

**Tarifliche Regelungen und Leistungen¹ in ausgewählten Tarifbereichen
in Ost- und Westdeutschland**

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen- arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens- wirksame Leistung in in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	39	39	Arb.: 28-30 ¹⁵	Arb.: 28-30 ¹⁵	Arb.: 1,85 TStdL/UT ¹⁶	Arb.: 1,85 TStdL/UT ¹⁶	Arb.: -	Arb.: -	-	-
			Ang.: 30	Ang.: 30	Ang.: 32 % UE	Ang.: 32 % UE	Ang.: 45 - 60 TStdE	Ang.: 45 - 60 TStdE		
Öffentlicher Dienst Gemeinden	40	39	26-30	26-30	-	-	45-67,5	60-90	6,65	6,65
							jeweils zzgl. 25,56 €/Kind (Besitzstand)			

- 1) Regelungen gelten nicht automatisch auch für Auszubildende.
- 2) Zahlung einer 14. Verg. mit Garantiebetrug von 1.000/500 € für AN, die am 30.06.06 in einem Arbeitsverhältnis standen/für ab dem 01.07.06 neu eingestellte AN. Weitere Ausgestaltung obliegt den Betriebsparteien (dabei Veränderung des Gesamtbetrages für neu eingestellte AN möglich).
- 3) Betriebliche Vermögensbildung durch unentgeltliche Royal-Dutch-Aktien.
- 4) Bei AN-Eigenleistung von 0,02 €/Std.
- 5) Bei AN-Eigenleistung von 3,07 €/Mon.
- 6) Mecklenburg-Vorpommern: 39.
- 7) Mecklenburg-Vorpommern: 50 %.
- 8) Berechnungsgrundlage: Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar.
- 9) Berlin-Ost: 52,5 %.
- 10) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne abweichende Regelungen für Lokomotivführer.
- 11) Abweichende Regelungen für vor dem 01.09.03 begründete Arbeitsverhältnisse.
- 12) In Abhängigkeit von leistungs- und ergebnisbezogenen Größen.
- 13) In Betrieben mit über 30 AN.
- 14) Abweichende Regelungen für vor dem 01.03.07 begründete Arbeitsverhältnisse.
- 15) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.
- 16) Tarifliche Stundenlöhne/Urlaubstag nach 6 Mon. BZ.

Tarifliche Niedriglöhne West

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung¹ in €	Stundenvergütung in €
Bote, Page	Hotels u. Gaststätten Saarland	E 2	1.255	7,25
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Saarland	k. A.	1.278	7,39
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Tj.)	Einzelhandel Niedersachsen	G I	1.223	7,50
Arbeiter (Grundkenntnisse und -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Nordrhein	L 1	1.315	7,56
FriseurIn	Friseurhandwerk NRW	1 a	1.326	7,75
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Konditorenhandwerk Hamburg	k. A.	1.315	7,87
Kassenkräfte, Tischservicepersonal (Fullservicebetriebe)	Systemgastronomie West	E 2	1.332	7,88
Sicherheitsmitarbeiter im Schutzdienst in geschlossenen Objekten	Bewachungsgewerbe NRW	7	1.375	7,95
FloristIn (3. Jahr) ²	Florist-Fachbetriebe West	A 2	1.393	8,24
Arbeiten mit Anlernzeit/Einarbeitung bzw. fachspezifischen Kenntnissen	Zeitarbeit (BZA, iGZ)	2	1.294	8,53
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk West	L 1	1.444 ³	8,55³
Einfachste, schematische Arbeiten	Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau West	7.6	1.470	8,70
Zimmermädchen, Bedienungspersonal	Hotel- und Gaststättengewerbe Niedersachsen	E 2	1.472	8,71

1) Beträge ggf. gerundet.

2) Für vor dem 01.09.09 bestehende Arbeitsverhältnisse.

3) Mindestlohn gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Tarifliche Niedriglöhne Ost

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung¹ in €	Stundenvergütung in €
FriseurIn (im 1. Bj. n. abgeschl. Ausbildung)	Friseurhandwerk Sachsen	I	615	3,82
FloristIn (3. Jahr)	Florist-Fachbetriebe Sachsen-Anhalt	A 2	959	5,39
Hoteldiener, Bellboy	Hotels u. Gaststätten Mecklenburg-Vorpommern	2	1.071	6,20
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Sachsen	I/2	1.082	6,25
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk Ost (o. Berlin-Ost)	L 1	1.182 ²	7,00²
Arbeiter (Grundkenntnisse u. -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Sachsen	L 2 ³	1.235	7,10
Kassenkräfte, Tischservicepersonal (Fullservicebetriebe)	Systemgastronomie Ost	E 2	1.205	7,13
Werkschutzfachkraft (IHK geprüft)	Bewachungsgewerbe Brandenburg	2.2	1.290	7,45
Arbeiten mit Anlernzeit/Einarbeitung bzw. fachspezifischen Kenntnissen	Zeitarbeit (BZA, iGZ)	2	1.131	7,46
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	6	1.321	7,62
Einfachste, schematische Arbeiten	Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Ost	7.6	1.386	8,20
Bürohilfe	Großhandel Mecklenburg-Vorpommern	G 1	1.477	8,74
Verkaufshilfe (auch mit einfachster Kassentätigkeit, 1. Tj.)	Einzelhandel Sachsen-Anhalt	K 1	1.490	9,03
AutomobilverkäuferIn (in der Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Mecklenburg-Vorpommern	G 3	1.480	9,08

1) Beträge ggf. gerundet.

2) Mindestlohn gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz - in Euro/Stunde -

Branche	Beschäftigten-/ Entgeltgruppe	Januar 2012	nächste Stufe
Abfallwirtschaft (160.000 AN)	Mindestlohn	8,33	
Bauhauptgewerbe West (414.500 Arb.)	Werker Fachwerker	11,05 13,40	ab 01/2013 11,05 13,70
Ost (127.600 Arb.)	Werker	Berlin: 13,25 10,00	13,55 10,25
Bergbau-Spezial- gesellschaften (2.500 Arb.)	Mindestlohn I Mindestlohn II (Hauer/Facharbeiter)	11,53 12,81	
Berufliche Weiterbildung (23.000 Ang.)			
West inkl. Berlin	Verwaltungsangestellte/r	10,71*	
Ost	Verwaltungsangestellte/r	9,53*	
West inkl. Berlin	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	12,28*	
Ost	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	10,93*	
West/Ost	übrige AN	7,60*	
Dachdeckerhandwerk West und Ost (46.000 Arb.)	Mindestlohn	11,00	ab 01/2013 11,20
Elektrohandwerk (Montage) (278.600 AN)			ab 01/2013
West	Mindestentgelt	9,80	9,90
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	8,65	8,85
Gebäudereinigerhandwerk (700.000, sozialvers. 365.200 Arb.)			ab 01/2013
West inkl. Berlin	Innen- und Unterhaltsreinigung	8,82	9,00
Ost	Glas- und Fassadenreinigung Innen- und Unterhaltsreinigung	11,33 7,33	11,33 7,56
	Glas- und Fassadenreinigung	8,88	9,00
Gerüstbauerhandwerk West und Ost (27.000 Arb.)	Mindestlohn	9,50*	ab 11/2012 10,00*
Maler- und Lackiererhandwerk West (82.200 Arb.)	ungelernter AN Geselle	9,75 11,75	ab 07/2012 12,00*
Ost (23.000 Arb.)	ungelernter AN	9,75	
Pflegebranche (800.000 AN)			
West inkl. Berlin		8,75	
Ost		7,75	

* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt.

Tabelle 14:

Branche	Beschäftigten-/ Entgeltgruppe	Januar 2012	nächste Stufe
Wach- und Sicherheitsgewerbe (170.000 Arb.)	Mindestlohn		ab 03/2012
Baden-Württemberg		8,60	8,75
Bayern		8,14	8,28
Bremen		7,16	7,33
Hamburg		7,12	7,31
Niedersachsen		7,26	7,38
Nordrhein-Westfalen		7,95	8,09
Hessen		7,50	7,63
Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein		6,53	7,00
Ost inkl. Berlin		6,53	7,00
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft (35.000 AN)	Mindestlohn		ab 04/2012
West	Mindestlohn	7,80	8,00
Ost inkl. Berlin	Mindestlohn	6,75	7,00

Noch nicht im Geltungsbereich des AEntG enthalten:

Forstliche Dienstleister* (Arb.)	Mindestlohn	10,78*	
--	-------------	---------------	--

* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt.

Lohnuntergrenze nach § 3 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

West		7,89	ab 11/2012 8,19
Ost inkl. Berlin		7,01	7,50

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2011

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2011 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2011, die bereits in der Tarifrunde 2010 vereinbart wurden.

Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken), 245 600 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,6 % ab 01.01.11 aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 29.02.12.

Bauhauptgewerbe West und Ost, 650 000 Arb./Ang. (IG BAU)

Ergebnis nach Schlichtung

- *Lohn und Gehalt:* *West und Berlin:* nach einem Nullmonat (April) 3,0 % ab 01.05.11, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.06.12; *Ost:* nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,4 % ab 01.06.11, 2,9 % Stufenerhöhung ab 01.08.12, Laufzeit jew. bis 31.03.13.
Mindestlohn *West:* Gr. 1 von 11,00 €/Std. auf 11,05 €/Std. ab 01.01.12, Gr. 2 von 13,00 €/Std. auf 13,40/13,70 €/Std. ab 01.01.12/01.01.13; Mindestlohn *Berlin:* Gr. 1 analog West, Gr. 2 von 12,85 €/Std. auf 13,25/13,55 €/Std. ab 01.01.12/01.01.13; Mindestlohn *Ost:* von 9,75 €/Std. auf 10,00/10,25 €/Std. ab 01.01.12/01.01.13, Laufzeit jew. bis 31.12.13.
Wegfall der Tabelle für das feuerungstechnische Gewerbe und Entlohnung analog der übrigen Arb., Einbau der Feuerungsbauzuschläge in einen neu zu verhandelnden TV.
- *Sonstiges:* *West und Berlin:* Erhebung eines Zusatzbeitrages von 0,3 % der Löhne bzw. 76 € für die Angestellten (bisher 67 €) für die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes in 2012. Erklärung der TV-Parteien zur Weiterentwicklung der Zusatzversorgung zu einem System der beitragsorientierten Leistungszusage und deren Inkraftsetzung möglichst ab 2013.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, 487 300 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* nach jew. einem Nullmonat 4,1 %, regional unterschiedlich ab 01.04., 01.05. und 01.06.11 für 14 Monate, Vorziehen der Tarifierhöhung um einen Monat bei wirtschaftlichem Erfolg, Verschieben um 2 Monate aus wirtschaftlichen Gründen möglich, Wiederinkraftsetzung der Regelungen über Einstellungsstarifsätze, Laufzeit bis 31.05., 30.06. und 31.07.12.
- *Sonstiges:* Fortführung und Ausweitung des Förderprogramms „Start in den Beruf“.

Ost, 36 300 AN (IG BCE)

- *Entgelt, Sonstiges:* analog West-Abschluss.
- *Arbeitszeit, Sonstiges:* Erstabschluss eines TV über lebensphasengerechte AZ-Gestaltung für altersgerechtes Arbeiten, Familien- und Entlastungszeiten für ausgewählte AN-Gruppen, Langzeitkonten, gültig ab Januar 2013.
- *Sonderzahlung:* von 65 auf 80/95 % eines ME jew. ab Januar 2014/15; Änderung unter Berücksichtigung des Unternehmenserfolgs möglich von (max./mind.) 95/50 % eines ME auf 110/65 % ab 2014, auf 125/80 % ab 2015.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service; bis 31.05.99 Deutsche Bahn AG), 134 000 AN (EVG)

- *Entgelt:* 500 € Einmalzahlungen insg. für August bis Dezember 2010, 2 Nullmonate (Januar und Februar 2011), 1,8 % ab 01.03.11, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.12, Verbesserung der Entgeltstruktur, Laufzeit bis 31.12.12.
- *U-Geld:* Dynamisierung ab 2011.
- *Urlaub:* von 25 bis 29 AT auf 28 bis 30 AT ab 2012.
- *Sonstiges:* Erhöhung der Zulagen für Arbeiten zu sozial ungünstigen Zeiten; Weiterentwicklung der betrieblichen Altersversorgung.

Tarifabschlüsse 2011

Deutsche Post AG, 128 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* neue Stufe 0 für die EntgGr. 2 bis 9 für neu eingestellte AN bis 24 Mon. BZ.
- *Arbeitszeit/Zuschläge:* Verlängerung der Außerkraftsetzung des Mehrarbeitszuschlags und der Freistellung für Arbeit am 24. und 31.12.
- *Sonstiges:* TVE zu altersngerechtem Arbeiten, Altersteilzeit in Kombination mit Zeitwertkonten, Einrichtung eines Demografiefonds mit Einzahlung des AG von 20 Mio. € in 2011 und 200 € je AN/J. ab 2013, Laufzeit bis 31.12.17; Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen, der Fremdvergabe von Zustellbezirken, Laufzeit jew. bis 31.12.15; Übernahme von 2 580 Ausz. zur Fachkraft für Kurier, Express und Postdienste der Konzerntochter First Mail, unbefristete Übernahme für die Einstellungsjahrgänge 2010, 2011 nach bestandener Prüfung und Besitz einer Fahrerlaubnis.

Deutsche Telekom AG, Deutsche Telekom Servicegesellschaften, 51 200 AN (ver.di)

Ergebnis nach Schlichtung

- *Entgelt:* AN, deren Bezugsentgelt aufgrund der Einigung T-Service in 2007 bzw. zur Überführung der Technikzentren in 2008 reduziert wurde: 2,0 % ab 01.01.11, 3,15 % Stufenerhöhung ab 01.04.11; alle anderen AN: nach 3 Nullmonaten (Januar bis März) 3,15 % ab 01.04.11; Mindestserhöhung der individuellen Vergütung um 75 €/Mon. im Jahresdurchschnitt, Laufzeit bis 31.01.12.
- *Sonstiges:* Deutsche Telekom Servicegesellschaften: Anerkennungsprämie von 400 € bei Höhergruppierung bis 31.03.12, Erweiterung der Bestimmungen zur Servicequalifizierung sowie Fortführung des Modells Servicekarriere; Deutsche Telekom AG, Deutsche Telekom Servicegesellschaften (Bereich Kundenservice, hier: ehemals KS T-Mobile-Beschäftigte): unveränderte Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis 31.12.12.; Maßregelungsklausel.

Druckindustrie, 156 200 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 280 € Pauschale insg. für April 2011 bis Juli 2012, 2,0 % ab 01.08.12, 150 € zusätzliche Einmalzahlung im Juli 2013, Laufzeit bis 31.12.13.
- *Sonstiges:* Verlängerung des MTV bis 31.03.14.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 452 600 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt, Sonstiges:* nach 2 Nullmonaten (Mai und Juni) 3,0 % ab 01.07.11, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.07.12, 50 € zusätzliche Einmalzahlung im Mai 2012, Wegfall der Altersstaffel bei der Entlohnung von AN ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Besitzstandsregelung), Laufzeit bis 30.04.13.
- *Urlaub:* 36 WT für alle AN ab 2012 (Abschaffung der Staffelung nach Lebensalter).
- *U-Geld:* voller Anspruch auch für AN unter 18 J. sowie einheitlicher Anspruch für Ausz. (jew. Wegfall des Jugendabschlags).
- *Sonstiges:* Maßregelungsklausel.

Ost (ohne Mecklenburg-Vorpommern), 265 300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt, Sonstiges:* regional unterschiedlich: nach jew. 2 Nullmonaten, 3,0 % ab 01.08./01.09.11, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.08./ 01.09.12, 50 € zusätzliche Einmalzahlung im Juni/Juli 2012, Wiederinkraftsetzung der Mittelstandsklausel, Streichung der Altersstaffel in den LGr., Laufzeit bis 31.05./ 30.06.13.
- *Urlaub, U-Geld, Sonstiges:* analog Nordrhein-Westfalen.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Ost 101 900 Arb./Ang. (IG Metall)

- *Lohn und Gehalt:* nach einem Nullmonat (November) 3,8 % ab 01.12.11, Laufzeit bis 28.02.13.
- *Sonstiges:* Verlängerung des TV zur Beschäftigungssicherung bis 28.02.13, dabei Vereinbarung der grundsätzlich unbefristeten Übernahme Ausgebildeter ab 01.12.11, Laufzeit bis 31.01.16. Verlängerung des TV über Altersteilzeit bis 28.02.13 mit Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags zur Rentenversicherung von 95 auf 100 %. Verlängerung des TV zur Gestaltung des demographischen Wandels bis 28.02.13.

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 9 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt:* 3,3 % ab 01.07.11, Laufzeit bis 31.08.12. Erhöhung der Ausgleichsbeträge (Besitzstand) während der TV-Laufzeit um 2,3 %.
- *Sonstiges:* Aufforderung des AG-Verbandes an die Mitgliedsunternehmen zur Beibehaltung des Ausbildungsplatzniveaus und Empfehlung, Ausgebildete für mind. 12 Mon. zu übernehmen.
- Ost (AVEU), 20 000 AN (IG BCE, ver.di)
- *Entgelt:* 3,0 % ab 01.01.11 aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 31.12.11. 3,11 % ab 01.01.12, Laufzeit bis 28.02.13.

Gebäudereinigerhandwerk, 365 200 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn:* 3,1/5,9 % ab 01.01.12, 2,1/5,4 % Stufenerhöhung ab 01.01.13 jew. im Durchschnitt *West, Berlin-Ost/Ost* (Mindestlohn/Std.: *Innen- und Unterhaltsreinigung West, Berlin-Ost/Ost:* 8,82/7,33 € ab 01.01.12, 9,00/7,56 € ab 01.01.13, *Glas- und Fassadenreinigung West, Berlin-Ost/Ost:* 11,33/8,88 € ab 01.01.12, 11,33/9,00 € ab 01.01.13), Laufzeit bis 31.10.13; verpflichtende Vereinbarung der TV-Parteien zur Angleichung des Ost- an das Westniveau auf 100 % ab 01.01.19.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 321 800 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach einem Nullmonat (Mai) 3,0 % ab 01.06.11, 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.06.12, Laufzeit bis 30.04.13.

Sachsen-Anhalt, 17 500 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* analog Nordrhein-Westfalen.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 44 000 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 360 € Pauschale insg. für Mai bis Oktober, 4,0 % ab 01.11.11; Laufzeit bis 31.12.12.

Sachsen, 11 000 AN (IGM)

- *Entgelt:* analog Westfalen-Lippe

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 121 100 AN (NGG)

- *Entgelt:* nach 3 Nullmonaten (Oktober bis Dezember) 2,5 % ab 01.01.11, 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.01.12 aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 28.02.13.

Sachsen, 30 600 AN (NGG)

- *Entgelt:* nach 4 Nullmonaten (Januar bis April) 2,5 % ab 01.05.11, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.05.12, Laufzeit bis 30.04.13.

Tarifabschlüsse 2011

Kfz-Gewerbe Bayern, 65 000 AN (IGM/ver.di)

- *Entgelt:* 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 30.04.12.

Thüringen, 10 200 AN (IGM)

- *Entgelt:* 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, 1,5 % weitere Stufenerhöhung ab 01.06.11, jew. aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 30.04.12.

Landwirtschaft Bayern, 11 700 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.11 aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 31.10.12.

Mecklenburg-Vorpommern, 15 400 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 1,2/1,5 % (Arb./Ang.) im Durchschnitt Stufenerhöhung ab 01.04.11, 2,4 % im Durchschnitt Stufenerhöhung ab 01.11.11 jew. aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 31.10.12.

Metallindustrie, 3 317 300 AN (IGM)

- *Entgelt, Sonstiges:* 320 € Pauschale insg. für Mai 2010 bis März 2011, 2,7 % ab 01.04.11, Verschiebung der Erhöhung um max. +/- 2 Mon. in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch freiwillige BV möglich, jew. aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 31.03.12.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, 1 201 400 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11, 240 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2011, Laufzeit bis 29.02.12, jew. aus Abschluss 2010.

Länder (ohne Hessen und Berlin), 591 100 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 360 € Pauschale insg. für Januar bis März, 1,5 % ab 01.04.11, 1,9 % Stufenerhöhung zzgl. 17 € Sockelbetrag ab 01.01.12, Laufzeit bis 31.12.12; 25 € Erhöhung der Erschwerniszulage für AN im Küstenschutz und in Straßenmeistereien ab 01.01.12.
- *Sonstiges:* Neuregelung der Eingruppierungen ab 01.01.12.

Land Hessen, 39 300 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 360 € Pauschale insg. für Januar bis März, 1,5 % ab 01.04.11, 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.03.12; 25 € Erhöhung der Zulage für AN der Straßen- und Verkehrsverwaltung.
- *Sonstiges:* Verständigung der TV-Parteien zur Erarbeitung und Inkraftsetzung einer neuen Entgeltordnung bis Anfang 2014; Regelungen zur Übernahme von Ausgebildeten.

Land Berlin, 56 800 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn, Gehalt:* nach 19 Nullmonaten (Januar 2010 bis Juli 2011) 3,1 % im Durchschnitt (= 97 % des Niveaus der übrigen Länder) ab 01.08.11, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.10.11, 349,20 € Pauschale zum 01.12.11, Übernahme der Stufenerhöhung und Sockelbetragszahlung (97 %) der übrigen Länder zum 01.07.12, jew. aus Abschluss 2010.

Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie, 65 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.05.11, 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.03.12 aus Abschluss 2010, Laufzeit bis 31.08.12.

Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen, 144 900 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach 4 Nullmonaten (Dezember 2010 bis März 2011) 3,1 % ab 01.04.11, 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.03.12, Laufzeit bis 28.02.13; Umstellung der GehGr.-Staffelung von Lj. auf Beschäftigungsj., Besitzstandsregelungen.
- *Sonstiges:* unveränderte Verlängerung des MTV bis 31.12.12.

Steinkohlenbergbau, alle West-Bereiche, 24 200 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt:* 600 € Pauschale insg. für Januar bis März, 3,3 % ab 01.04.11, Laufzeit bis 31.12.12.

Süßwarenindustrie, 50 700 AN (NGG)

- *Entgelt:* regional unterschiedlich nach einem Nullmonat 3,0 % ab 01.05./01.06./01.07./01.08./01.09.11 und 01.02.12 für jew. 12 Monate, 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.05./01.06./01.07./01.08./01.09.12 und 01.02.13 jew. für weitere 12 Monate.
- *Altersvorsorge:* West: 351 bis 395 € Aufstockung der Altersvorsorgebeträge durch Außerkraftsetzung der Tarifverträge zu den vermögenswirksamen Leistungen zum 31.12.11. Ost: 240 € jährlich erstmalige Altersvorsorge ab 01.01.12, 79,08 € Aufstockung zum 01.01.13.

Textil- und Bekleidungsindustrie, West, 81 500 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* nach 2 Nullmonaten (März und April), 250 € Pauschale insg. für Mai bis September, 3,6 % ab 01.10.11, Verschiebung oder Kürzung der Pauschale bzw. Verschiebung der prozentualen Erhöhung um bis zu 1,5 % bis 30.04.12 durch BV möglich, Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung als Voraussetzung, Verdoppelung der Pauschale bzw. Vorziehen der Erhöhung auf 01.03.11 bei guter wirtschaftlicher Lage möglich, Laufzeit bis 31.10.12.

Textilindustrie, Ost, 9 500 AN (IGM)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (April und Mai), 2,5 % ab 01.06.11, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.04.12, Laufzeit bis 31.03.13.
- *U-Geld:* Erhöhung um jew. 35 € ab 2011/2012.
- *Sonstiges:* Übernahmeverpflichtung für Ausgebildete für 12 Mon.

Versicherungsgewerbe, 173 400 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 350 € (EntgGr. A, B, I, II: 450 €) Pauschale insg. für April bis August, 3,0 % ab 01.09.11, 2,2 % Stufenerhöhung ab 01.10.12, Laufzeit bis 31.03.13.
- *Sonstiges:* Verlängerung des Altersteilzeit-TV und des AZ-Korridors bis 31.12.13, Wiederinkraftsetzung des Ratio-TV mit frühestmöglicher Kündigung zum 31.12.13, Maßregelungsklausel.

Aktuelle Publikationen

Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich 2011

- Eine Untersuchung in 40 Wirtschaftszweigen -

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 72

Düsseldorf, November 2011

26 Seiten, **5 €**

Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2011

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2011

Düsseldorf, Juli 2011

31 Seiten, **6 €**

Welche materiellen Wirkungen hat ein Tarifabschluss?

Erläuterungen zur Tarifstatistik

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 71

Düsseldorf, Juli 2011

6 Seiten, **5 €**

Reinhard Bispinck (Hrsg.)

Zwischen „Beschäftigungswunder“ und „Lohndumping“?

Tarifpolitik in und nach der Krise

VSA-Verlag, Hamburg 2011, ISBN: 978-3-89965-468-4

152 Seiten, **12,80 €** (Bestellung nur über Buchhandel)

Tarifpolitischer Jahresbericht 2010

Beschäftigungssicherung und gedämpfte

Lohnentwicklung

Düsseldorf, Januar 2011

56 Seiten, **10 €**

Tarifliche Pauschal- und Einmalzahlungen

- Praxis, Risiken und Nebenwirkungen -

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 69

Düsseldorf, Juli 2010

10 Seiten, **5 €**

zu bestellen bei:

WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/7778-248, Fax: 0211/7778-250

E-Mail: Ruxandra-Sander@boeckler.de

WSI **Tarifarchiv** [Startseite](#) | [Das Tarifarchiv](#) | [Veröffentlichungen](#) | [Presse](#) | [Links](#) | [Europa](#) | [Stemap](#) | [Warenkorb](#) | [Newsletter](#) | [RSS](#) | [Kontakt](#)

Hans Böckler Stiftung **WSI**

[www.lohnspiegel.de](#) Infos zu Gehältern in 300 Berufen

Tarifkunden | **Statistik** | **Wer verdient was?**

WSI-Tarifarchiv zieht Tarifbilanz 2011
Höhere Tarifabschlüsse - Konflikte um Tarifstandards - Neue Tarifregelungen

Die Tarifabschlüsse im Jahr 2011 liegen deutlich über denen des Vorjahres. In zahlreichen Branchen wurden für dieses Jahr **Tarifsteigerungen zwischen 3 und 4 Prozent** vereinbart. Allerdings: die Verbraucherpreise stiegen mit rund 2,3 Prozent etwa doppelt so schnell wie im Vorjahr. Auf das Jahr gerechnet wird ein Ausgleich der Preissteigerungsrate durch die Tarifsteigerungen in vielen Bereichen nicht gelingen. Im Tarifjahr 2011 wurde in einzelnen Tarifbereichen hart und grundsätzlich um Tarifstandards gestritten, in anderen gelang die Vereinbarung weiterreichender Tarifregelungen.

[Weitere Details](#)
[Pressemeldung mit Übersicht über Tarifabschlüsse 2011 im Wortlaut \(pdf\)](#)

TAGESAKTUELLE TARIFCHRONIK

13.12.2011: Telekom-Beschäftigte: ver.di fordert 6,5 %

Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2011

130 Tabellen und Schaubilder zum Download oder kostenlos bestellen

Lohnspiegel.de

[Die Umfrage](#) | [Lohn- und Gehalts-Check](#) | [Gewinnen Sie einen Preis](#) | [Brutto-Netto Rechner](#) | [Tariflöhne und -gehälter](#) | [Mindestlöhne](#) | [Auswertungen](#) | [Veröffentlichungen](#) | [Pressestimmen](#) | [Tipps und Links](#)

[startseite](#) [Frauen Lohnspiegel](#)

Füllen Sie gleich heute diesen Online-Fragebogen aus
und gewinnen Sie einen Mindestlohn-Betrag

Jetzt auf Twitter 
Hier gibt's neue Meldungen

Was verdienen Ihre Kolleginnen und Kollegen?

Wie viel verdient ein Maschinenschlosser, und wie hoch ist das Gehalt einer Bankkauffrau? Was bekommt ein Chemieingenieur, ein Bauleiter, eine Physiotherapeutin, ein Webdesigner, ein Werbekaufmann oder eine Küchenhilfe? Antworten darauf gibt es in unserem kostenfreien **Lohn- und Gehalts-Check**, der nun schon 300 Tätigkeiten aus rund 30 Berufsbereichen umfasst. Das Angebot wird wissenschaftlich betreut vom WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Und mit Ihrer Hilfe wird es noch weiter wachsen. Deshalb: **Füllen Sie am besten gleich heute diesen Online-Fragebogen aus**

Was verdienen Versicherungskaufleute?

Im Durchschnitt 3.422 Euro brutto im Monat verdienen Versicherungskaufleute ohne Sonderzahlungen. Zu diesem Ergebnis der Online-Umfrage des WSI-Tarifarchivs haben 570 Angehörige dieser Berufsgruppe beigetragen.

Beim Weihnachtsgeld ist Tarifbindung ein Vorteil

Im Jahre 2011 erhalten rund 55 Prozent der

Füllen Sie gleich heute diesen Online-Fragebogen aus
Gewinnen Sie einen Mindestlohn-Betrag
von 1.500, 750 oder 375 Euro